

Er scheint täglich außer Sonntag, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Post. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,20 Mark pro Quartal, Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 20 Pf. Einzelne, in der Post-Verwaltung: Preisliste für 1892 unter Nr. 6003.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile über dem Raum 40 Pf., für Vereins- und Verlagsanlangen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt 1, Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Freitag, den 25. November 1892.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Internationaler Sozialistischer Arbeiter-Kongress 1893 in Zürich.

Das Organisations-Komitee an die Arbeiter aller Länder!

Arbeiter! Genossen!
Es erfüllt uns mit hoher Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß unser erstes Rundschreiben bei den Arbeitern der ganzen Welt freudigen Widerhall gefunden hat.

Alle bedeutenden Arbeiterorganisationen von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Holland und Skandinavien, von Frankreich, Italien und Spanien, von Australien und den Vereinigten Staaten Amerikas haben uns ihre Absicht kundgegeben, sich 1893 in Zürich vertreten zu lassen. Eine ganze Reihe nationaler Arbeiterkongresse hat die Teilnahme am internationalen Kongress von Zürich beschlossen und viele Organisationen haben uns ihre Wünsche und Anträge zugehen lassen.

Wir dürfen es jetzt schon mit Zuversicht aussprechen: Der Internationale Sozialistische Arbeiterkongress von Zürich im Jahre 1893 wird gut besucht und ein wahrhaft internationales Parlament der Arbeiter werden.

Feiler hat kürzlich der englische Gewerkschaftskongress in Glasgow beschlossen, unverzüglich einen internationalen Kongress zur Berathung über den Achtstundentag durch das Parlamentarische Komitee der englischen Gewerkschaften einberufen zu lassen. Dieser unpraktische Beschluß wurde gefaßt, obgleich wir alle englischen Arbeiterorganisationen durch ein besonderes Schreiben an den Kongress in Glasgow herzlich eingeladen hatten, sich in Zürich vertreten zu lassen.

Wir haben sofort nach Bekanntwerden dieses Beschlusses ein Rundschreiben an alle Arbeiterorganisationen Großbritanniens und Irlands erlassen und sie unter Vorlegung der Sachlage nachmals nach Zürich eingeladen. Wir sagen darin unter anderem:

Selbst wenn wir es wünschten, würde es uns ganz unmöglich sein, unser Mandat für die Einberufung eines internationalen Arbeiterkongresses niederzulegen, außerdem muß es aber jedem vernünftigen Arbeiter klar sein, daß es eine abgeschwächte Verfehlung wäre, wenn jede Nation das Recht haben sollte, einen internationalen Kongress einzuberufen. Es ist vollkommen klar, daß internationale Kongresse nur das Werk allgemeiner internationaler Verständigung sein können.

Zum Schlusse möchten wir noch darauf aufmerksam machen, daß der Internationale Kongress von Zürich schon ein ganzes Jahr vor den Sitzungen des Glasgower Kongresses beschlossen wurde, daß er von organisierten Arbeitern aller und nicht bloß einer einzigen Nation einberufen wurde und daß er sich nicht nur mit der Achtstundentage, sondern auch mit den anderen dringenden Fragen beschäftigen wird, von deren Lösung die Befreiung der Arbeiter abhängt.

Dieses Rundschreiben hat bei den Arbeitern Großbritanniens und Irlands gute Aufnahme gefunden. Die englischen Arbeiterblätter erklären den Beschluß von Glasgow für einen Fehler und hoffen, daß das Parlamentarische Komitee ihn nicht ausführen werde. Die deutschen, französischen, italienischen und spanischen Arbeiter haben theils durch ihre berufenen Vertreter, theils durch Kongressbeschlüsse sich gegen den internationalen Achtstundentag ausgesprochen und erklärt, denselben nicht beschließen zu wollen. Sie halten fest am international vereinbarten rechtmäßigen Kongress von Zürich.

Angehts dieser Rundgebungen und im Interesse der hohen Sache des Proletariats der ganzen Welt möchten wir alle Ar-

beiterorganisationen auffordern, ebenfalls festzuhalten am einzigen internationalen Parlamente der Arbeit in Zürich im Jahre 1893. Der bisherigen Uebung entsprechend, haben wir die Abhaltung des Kongresses auf den

Anfang August 1893

festgesetzt. Mögen sich die Genossen also überall auf diesen Zeitpunkt rüsten!

Was die Tagesordnung des Kongresses betrifft, so haben wir bis jetzt noch keine solche veröffentlicht, weil mehrere große Länder noch keine Anträge zu derselben gestellt haben. Die Wünsche und Anträge, die bis jetzt laut geworden sind, betreffen hauptsächlich:

1. Maßregeln zur internationalen Durchführung des Achtstundentages.
2. Die Taktik der Sozialdemokraten mit bezug auf die direkte Gesetzgebung durch das Volk.
 - a) Parlamentarismus;
 - b) Staatssozialismus.
3. Rechte und Pflichten der Internationalität:
 - a) im Falle bedeutenderer Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital;
 - b) im Falle eines Kriegsausbruches zur völligen Verhinderung des Krieges.
4. Internationale Organisation:
 - a) Errichtung nationaler Arbeitersekretariate;
 - b) Gründung eines internationalen Korrespondenz-Bureaus.

Dies eine vorläufige Tagesordnung. Wir ersuchen die Genossen, sie zu besprechen und uns ihre Ansichten darüber oder auch neue Anträge dazu bis spätestens Ende Februar 1893 mitzuteilen. Die endgültige Feststellung der dem Kongress vorzuliegenden Tagesordnung werden wir Ende März 1893 vorzunehmen und sie dann sofort bekannt zu geben.

Wir thun alles, um den Kongress zum Ausdruck der Bestrebungen des kämpfenden arbeitenden Volkes zu machen. Nur einig sind wir stark; nur vereint können wir die Welt des Kapitalismus aus den Angeln heben.

Mit Brudergruß und Handschlag!

Zürich, 15. November 1892.

Das Bureau des Organisationskomitees

für den Internationalen Sozialistischen Arbeiter-Kongress 1893:
Karl Bürkli, Präsident. Robert Seidel, Sekretär.
August Merk, Kassier.

Das Organisationskomitee.
Vertreter der Sozialdemokratischen Partei:
J. N. Jäger, K. Rarer, O. Lang, N. Seidel, H. Widmer.
Vertreter des Grüntvereins:
K. Bürkli, P. Greulich, F. Höfel, H. Jg. J. Vogelsanger.
Vertreter des Gewerkschaftsbundes:
E. Beck, C. Conzett, A. Lüthi, Ch. Manz, A. Merk.
Adresse für Korrespondenzen: Robert Seidel, Zürich.

Die Miquel'sche Vermögenssteuer.

Was die Schnaps- und Schlotbarone bei der Miquel'schen Steuer-Reform in Preußen geschenkt bekommen von ihrem guten Freunde, dem Finanzminister, ist bereits in den beiden ersten Betrachtungen des „Vorwärts“ über die im

Landtage zur Berathung stehenden Gesetzesentwürfe gezeigt worden. Die Grundbesitzer werden einen großen Theil der früheren Grundsteuer sparen, die Fachsenbarone keine Bergwerkssteuer mehr zu entrichten brauchen — zum Steuerzahlen und Schwelgen ist ja bekanntlich die Mehrheit der Bevölkerung mit kleinem und mittlerem Einkommen da, oder, wie Herr Miquel bei Berathung der „reformirten“ Einkommensteuer ganz offen gesagt hat: „Die Masse muß es bringen.“ Da könnte es nun auf den ersten Blick sonderbar erscheinen, daß der preussische Finanzminister nach dem Erlaß obiger Besitzsteuern, die er für seine Freunde, die Kapitalisten, vorschlägt, doch noch eine Vermögensteuer plant, die im Nachfolgenden auf Grund des dritten Miquel'schen Aktienstückes für den Landtag besprochen werden soll.

Aber was für eine Vermögenssteuer! Bei näherem Zusehen erst erkennt man, daß Herr Miquel sich auch in diesen Gesetzesentwürfen der Pflichten bewußt geblieben ist, die er gegen den geheiligten Besitz und gegen Kapital jeder Art hat. Es besteht nicht der geringste Widerspruch zwischen dem Miquel, der Grund-, Gebäude- und Bergwerkssteuer als Staatssteuern aufhebt, damit sie als Gemeindesteuern gar nicht oder möglichst wenig eingezogen werden, und zwischen dem Miquel, der die sogenannte Vermögenssteuer vorschlägt. Die Vermögenssteuer ist das Feigenblatt für die sonstigen Steuer-schenkungen an den Besitz, der Tantram, mit welchem der Schrei der großen Masse, die es bringen muß, überdönt werden soll; ein billiges Kunststückchen mit möglichst niedrigem Entree für die Besitzenden, die sich dann kränken können, auch etwas zu den Staatslasten beitragen, nachdem sie das Dreifache eingestrichelt haben — weiter nichts. Es genügt, zwei Stellen aus der „Begründung“ des Miquel'schen Steuer-Projekts herauszuheben, um dies zu erhärten. Dieselben lauten: „In allen Fällen . . . soll und muß die Eigenschaft der Vermögenssteuer als einer ergänzenden Abgabe namentlich auch darin bewahrt bleiben, daß sie im Verhältnis zur Hauptsteuer nur eine sehr mäßige Quote der vorausgesetzten Steuerkraft in Anspruch nimmt. Dies tritt zunächst bei einem Vergleich des veranschlagten Einkommens der Ergänzungsteuer mit demjenigen der Einkommensteuer deutlich hervor. Während das vorläufige Veranlagungslohn der letzteren für das Jahr 1892/93 mehr als 124 000 000 Mark beträgt, sollen mit der Ergänzungsteuer in keinem Falle mehr als 35 000 000 Mark, also nur etwa 28 pCt. der Hauptsteuer aufgebracht werden. In maßvollen Grenzen hält sich auch der auf ein halb vom Tausend des Vermögens vorgeschlagene Steuerfuß. . . . Die vorgeschlagene Steuerfüße betragen durchweg 1/2 vom Tausend des steuerbaren Vermögens an der unteren Grenze einer jeden Stufe. Eine degressive Gestaltung der Steuerkala scheint für die Ergänzungsteuer deshalb nicht angezeigt, weil die Sätze ohnehin mäßig sind, abgesehen hieron aber kleine Vermögensbeträge nicht immer niedrigem

Feuilleton.

Rachbrud verboten.)

22

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Noch immer war man ein wenig überrascht, und er setzte deshalb hinzu: „Ich bin übrigens ganz wie Sie und lese gern in den Pariser Nachrichten, daß ein Akademiker gestorben ist. Ich frage mich dann sofort: „Wer wird an seine Stelle kommen?“ Und stelle mir eine Liste auf. Es ist ein kleines, unschuldiges nettes Spiel, das man in jedem Pariser Salon bei jedem Eintritt eines Unsterblichen spielt: Das Spiel des Todes und der vierzig Greise.“

Noch waren die Damen ein wenig verblüfft, aber sie fingen schieflich zu lächeln an, so richtig war seine Bemerkung.

Er erhob sich und setzte als Schluß hinzu: „Sie, meine Damen, ernennen die Kandidaten, und Sie ernennen sie nur, um sie sterben zu sehen. Wählen Sie also einen Alten, einen recht Alten, den Keilsten womöglich, und seien Sie im übrigen unbeforgt.“

Er verbeugte sich und ging.

Als er fort war, meinte eine der Damen: Ein drolliger Mensch! Wer ist es denn?“ „Einer unserer Redakteure,“ erwiderte Frau Walter. Er nimmt zwar augenblicklich nur einen unteren Posten in der Zeitung ein, aber er wird gewiß wasch vorwärts kommen.“

Duroy wandelte in heiterer Stimmung den Boulevard

Malesherbes hinunter. Er tanzte förmlich beim Gehen, so zufrieden war er mit seinem Schlusseffekt, und flüsterte vor sich hin: „Ein guter Anfang!“

Am Abend dieses Tages verlobte er sich wieder mit Rachel.

Die nächste Woche brachte ihn zwei Ereignisse. Er wurde zum ersten Lokalredakteur befördert und erhielt von Frau Walter eine Einladung zum Diner. Das Bindglied zwischen den beiden Thatsachen war unschwer zu erkennen.

Die „Die Francaise“ war in erster Linie ein Berufsblatt. Der Besitzer war ein Finanzmann, für den die Zeitung und sein Abgeordnetenmandat nichts als Nebel waren. Seine Gutmüthigkeit war ihm eine Waffe, stets hatte er unter der lächelnden Maske des Wiedermannes seine Zwecke verfolgt; in seine Dienste, welcher Natur sie auch waren, nahm er aber nur vielgewandte erprobte Spürnasen, auf deren Rührheit und List er sich verlassen konnte. Als erster Lokalredakteur war ihm Duroy eine werthvolle Persönlichkeit.

Bisher hatte der Redaktionssekretär, Herr Boisrenard, diese Stelle inne gehabt, ein alter, korrekter Journalist, der so peinlich und pünktlich wie ein Beamter war. Seit dreißig Jahren war er Redaktionssekretär bei elf verschiedenen Blättern gewesen, ohne daß seine Auffassung von den Dingen sich geändert hätte. Er trat von der Redaktion der einen Zeitung in die einer andern so etwa über, wie wenn er sein Restaurant wechselte, ohne zuerst launig zu bemerken, daß die Küche etwas verschieden wäre. Dem Blatte, in dessen Redaktion er gerade saß, war er treu, politische oder religiöse Ansichten waren ihm gleichgültig, er ging ganz in seiner Arbeit auf, besaß aber eine werthvolle Erfahrung. Er arbeitete wie ein Blinder, der nichts von dem sieht, das um ihn herum geschieht, wie ein Tauber,

der nichts hört, und wie ein Stummer, der niemals redet. Er besaß übrigens eine berufsmäßige Ehrbarkeit, die nicht gering war, und hätte sich nie an einer Sache theiligt, die nicht rein als Handwerk genommen, ehrenhaft, loyal und tadellos gewesen wäre.

Herr Walter schätzte ihn, aber die Lokalnachrichten, die, wie er zu sagen pflegte, das Mark des Blattes waren, hätte er gern einer anderen Hand anvertraut. Unter dem Lokalen werden ja jene kleinen, unscheinbaren Notizen untergebracht, werden Gerüchte in Umlauf gesetzt, die auf die öffentliche Meinung und die Börse wirken. Zwischen der Schilderung zweier Gesellschaftsabende muß eine wichtige Nachricht, die weniger sagt, als sie errathen läßt, so eingeschoben werden, als handelte es sich dabei um nichts Besonderes. Der Leser muß zwischen den Zeilen lesen, er darf nur ahnen, um was es sich handelt, und wenn eine Mittheilung bestritten wird, muß das Dementi so abgefaßt sein, daß das Gerücht, es stehe doch etwas dahinter, eher stärker als schwächer wird. Oder eine Nachricht muß in einer solchen Form gegeben werden, daß kein Mensch an ihre Wahrheit glaubt. Im Lokalen muß jeder Leser täglich wenigstens eine Zeile finden, die ihn besonders interessiert, damit alles von allen gelesen wird. Deshalb muß der Redakteur des Lokalen und Verwalters an alle und alles, an die ganze Welt und an alle Berufe, an Paris und an die Provinz, an die Armee und an die Künstler, an den Klerus und an die Universität, an die Beamten und die Kontisanten denken.

Der erste Lokalredakteur, der ein Heer von Reportern unter sich hat, muß stets bei der Hand und auf dem Platze, er muß nichtswönisch, vorsichtig schlau, gewandt und geschmeidig, er muß siebenmal gestrichelt sein und vor allem eine untrügliche Witterung haben, um eine falsche Nachricht auf den ersten Blick zu erkennen, zu wissen, was gesagt und was

Einkommen entsprechen und deshalb eine Degression keine innere Berechtigung haben würde.“ So weit die Miquel'sche Begründung; wenn man sie aus der Sprache des raffinierten Finanzkünstlers der kapitalistischen Schule in verständliche Deutsch überträgt, so enthalten die wenigen Sätze die ganze Lächerlichkeit dieser „ausgleichenden Steuer-gerechtigkeit“. Nicht weniger als 124 Millionen Staatssteuern werden in Preußen nach dem „reformirten“ Steuer-gesetz vom vorigen Jahre aus dem laufenden „Einkommen“ der Steuerzahler gepresst, wobei der Arbeiter mit 1000 M. Einkommen genau ebenso tangirt, wie der Millionär, ja noch viel unglücklicher, weil sein Einkommen nur die nackte Nothdurft deckt, während der Millionär nur einen verschwindenden Theil seiner Revenuen zum wirklichen Unterhalt braucht. Mehr als ein Drittel dieser 124 Millionen stammt von den in den bescheidensten Verhältnissen lebenden Steuerzahlern, eben von jener „Masse, die es bringen muß“. Und dieser Zustand wird als der regelrechte, naturgemäße bezeichnet! Es wird als höchste Steuerweisheit der Grundlag aufgestellt, daß der Besitz, statt daß er alle Lasten im voraus tragen sollte, mit „mäßigen Quoten“ nur „ergänzend“ herangezogen wird, wenn aus der „großen Masse“ nichts mehr herauszuholen ist! Es wird als selbstverständlich hingestellt, daß die neue Besitzsteuer höchstens den vierten Theil der Insumme liefern darf, die in so erheblichem Maße von dem mageren Arbeits-verdienst der Proletarier und Halbproletarier vorweggenommen ist! Es wird geprahlt mit dem „maßvollen Satz“, der den Besitz treffen soll, ein halb vom Tausend, während der ärmste Steuerpflichtige bei der Einkommensteuer drei vom Hundert zahlen muß! Mit aalglatten Worten wird eine Steigerung des Vermögens-Steuerjahres nach oben abgewehrt, das böse Wort von der progressiven (steigenden) Vermögenssteuer vermieden und die Ersparnis von 6000 Mark an genau nach demselben Verhältnis getroffen, wie die Millionen eines Krupp oder Rothschild oder eines Landlords! Wahrlich — das Feigenblatt ist sein künstlich geformt, daß es die kapitalistische Blöße deckt und doch die Reichen und Reichsten nicht stachelt! Diese Vermögenssteuer ist ein Spott auf jede Steuergerechtigkeit.

Und die kapitalistischen Trabanten im Abgeordneten-hause verstehen ihren Miquel. Was er ihnen in seiner „Begründung“ mit aalglatten Wendungen andeutete, das übersehen sie ins Großkapitalistische. Sie schreien über die „Belastung des Besitzes“ durch die Vermögenssteuer, sie spielen sich als Opfervictim der „ausgleichenden Steuergerechtigkeit“ auf, um dem Volk die „Reform“ glaubhaft zu machen und nochmals dabei zu verdienen. Der Redner der Nationalliberalen wärmte bereits das Märchen von „konstitutionalischer“ Charakter der neuen Steuer wieder auf, Herr Widert betrieb sich auf Bismarck, mit dem er in diesen Fragen eine kapitalistische Seele ist und der den Besitzenden niemals so wehe gethan hätte, und Engen Richter rechnete dem Finanz-minister als braver Kalkulator vor, daß die preussische Kapitalistenklasse nächstens am Bettelstabe daherkommen wird, wenn die Vermögenssteuer eingeführt werden wird. So ist das Theatergeheul der Kapitalistenvertreter richtig abgestimmt. Wenn die lächerliche Vermögenssteuer trotzdem angenommen wird, so stehen die besitzenden Klassen in Preußen als die Märtyrer der „ausgleichenden Steuer-gerechtigkeit“ da.

Aber durch das erbauliche Schauspiel läßt sich das arbeitende Volk am wenigsten täuschen. Es merkt sich die 73 Milliarden Kapitalbesitz, die Herr Miquel in der Vor-lage für Preußen herausgerechnet hat, wahrscheinlich noch viel zu niedrig, stellt die 20 Millionen Proletariatsseelen, welche die Einkommensteuer-Einschätzung auf 30 Millionen Bevölkerung ergeben hat, daneben und harret des Zeit-punktes, wann für diese „Gerechtigkeits“-Wirtschaft das Ende gekommen sein wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. November.

Aus dem Reichstage. Auf der Tagesordnung stand heute an erster Stelle die Interpellation des national-liberalen Abgeordneten für Straßburg, Dr. Petri, welcher

verschwiegen werden muß, zu erkennen, was Eindruck auf das Publikum machen wird. Und dann muß er es in eine Form zu bringen verstehen, daß dieser Eindruck sich noch vervielfacht.

Herr Boisrenard besaß wohl große Praxis, aber seine Hand war nicht leicht und gefällig genug; es mangelte ihm überhaupt jene angeborene List, um täglich die geheimen Absichten des Herrausgebers zu errathen.

Da war Duroy recht am Platze, und er verstand es bald den Theil des Blattes ausgezeichnet zu redigieren, der „auf den Staatsfonds und Untiefen der Politik schwamm“, wie Norbert von Barenne sich einmal ausgedrückt hatte.

Die Hintermänner und wirklichen Redakteure der „Vie Française“ bestanden in einer Gruppe von sechs Abgeordneten, die an allen Unternehmungen des Herausgebers theilhaftig waren. In der Kammer hießen sie die „Walter'sche Bande“, und man beneidete sie, weil sie mit ihm und durch ihn Geld zu machen wußten.

Forscher war als politischer Redakteur nur der Strohmännchen dieser Geschäftsleute, er führte nur ihre Pläne aus. Sie schrieben ihm seine Leitartikel vor, die er immer zu Hause verfasste, weil er dort angeblich ganz ungestört war.

Um dem Blatte aber einen literarischen und groß-städtischen Anstrich zu geben, hatte man sich der Dienste zweier nach verschiedener Richtung hin berühmter Schrift-steller verschert, der Dichter des Chronikens Jacques Rivar und des Dichters und Erzählers Norbert von Barenne, der der neuen Richtung angehörte.

Außerdem hatte man ein paar billige Kunst-, Musik- und Theaterkritiker, einen Redakteur für den Gerichtstheil und einen für die Weltrennen aus dem großen Heer der Landtsucht der Feder angestellt. Zwei vornehme Damen „Mosa Domino“ und „Weißhändchen“ lieferten Mittheilungen aus der Gesellschaft und verfassten Salons- und Modeberichte; sie erörterten Fragen der Etikette und plan-derten „Indiskretionen“ aus der vornehmen Damenvwelt“ aus.

Und so schwamm denn die „Vie Française“ auf den „Staatsfonds“ und „Untiefen der Politik“ und gehörte ihrer gemischten Bemannung.

aus Anlaß einer recht unangenehmen Schießaffäre, die sich in Straßburg am 22. Oktober ds. Js. abgespielt hat, die Anfrage stellte, „ob bezüglich der zur Zeit geltenden Bestimmungen über den Gebrauch von Schusswaffen seitens der Wachtposten Änderungen in Aussicht stehen, welche geeignet sind, der Gefährdung des Lebens der Einwohner in wirksamer Weise vorzubeugen.“

In seiner Begründung der Interpellation meinte Dr. Petri, daß es nur einer „glücklichen und wunderbaren Fügung“ zu danken sei, daß der Kugel des Militärpostens in Straßburg nicht mehrere Personen zum Opfer gefallen wären.

Der Kriegsminister, welcher sich zur sofortigen Beant-wortung der Interpellation bereit erklärte, zeigte dieses Jahr ein viel vorkommenderes Gesicht, als dies der militärische Vertreter im vorigen Jahre that, als der gleiche Gegenstand zur Verhandlung stand. Damals meinte der schneidige General von der Goltz, das einzig zulässige Mittel, um dem Uebel abzuhelfen, be-stünde darin, daß man die Zivilisten, welche die Militär-posten zum Schießen reizten, strenger bestrafe. Der Umstand, daß das Militärdepartement neuer sehr auf die Gunst des Reichstags angewiesen ist, will es auch nur einen Theil der Militärvorlage ins Trockene bringen, mag den Herrn Kriegs-minister bestimmt haben, dieses Mal mildere Saiten auszu-spannen. Er erklärte zwar, daß bisher kein Anlaß zu Ab-änderungen vorläge, theilte aber zugleich mit, daß Erhebungen im Gange seien und daß die Absicht bestehe, an Posten, welche in belebten Straßen stehen, keine scharfe Munition mehr zu vertheilen.

Der Interpellant und seine nationalliberalen Kollegen schienen von dieser Erklärung befriedigt zu sein, nicht so unsere Genossen, die Freisinnigen und ein großer Theil des Zentrums. Der Abgeordnete Singer stellte den Antrag auf Eintritt in die Diskussion und leitete dieselbe dann mit einer längeren Darlegung der durch die bestehende Schießinstruktion geschaffenen, geradezu unerblicklichen Zustände ein. Redner brachte besonders auch den Fall Lüd in Erinnerung, dessen Beförderung zum Gefreiten böse Zungen, natürlich sehr zu Unrecht, mit der Vereitelung des Schloßleichts-Projektes in Zusammenhang gebracht haben sollen. Singer erwähnte auch die auffällige Thatsache, daß der Stadtmagistrat von Berlin auf seine in jener Angelegenheit schon vor Monaten fan den Reichs-lanzler eingereichten Petitionen bis heute noch keine Antwort erhalten habe. Staatssekretär von Witticher ver-suchte Singer zu widerlegen, aber er that dies in einer so unglücklichen Form, daß seine Kollegen vom Bundesrats-tisch wohl selbst froh waren, als der Herr Sprechminister mit seinen Ausführungen zu Ende war. Vom Zentrum erklärte sich Gröber mit einer einfachen Aenderung der Schießinstruktion nicht befriedigt, sondern verlangte eine Aenderung des Gesetzes, auf dem die derzeitige Instruktion beruht. Im gleichen Sinne sprachen Eberti und sogar der stockkonservative Plauerer Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann.

Nachdem dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt war, wurden die weiteren Gegenstände ohne Debatte ab-gehan; nur das Gesetz wegen der Zollbefreiungen benötigten die Agrarier, Freiherr von Pfetten und Dr. Frege, um ihre ein-gewurzelte Abneigung gegen jede Zollermäßigung wieder einmal zu dokumentieren. Das Gesetz über einheitliche Zeitbestimmung wurde an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen, wo der Versuch gemacht werden soll, einen Ausgleich zwischen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung und dem Gesetzentwurf herzustellen.

Um das Gesetz über die Zollbefreiungen zur Verab-schiedung bringen zu können, wurde eine zweite Sitzung nach einer Pause von 20 Minuten anberaumt, in der dann auch die Einstellung diverser gegen die Abgeordneten Runert, Stadthagen und den Redakteur der „Volkstg.“, Bollrath, anhängiger Strafverfahren für die Dauer der Session ohne Widerspruch beschlossen wurde.

In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurden die Gesetzentwürfe wegen Abänderung des Brausteuer-, des Branntweinsteuer- und des Reichsstempelabgaben-Gesetzes, ferner der Gesetzentwurf über die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, sowie der Handelsvertrag mit Egypten den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung über-wiesen. —

Duroy strahlte noch vor Freude über seine Ernennung zum ersten Lokalredakteur, als er eine kleine lithographirte Karte empfing, worauf zu lesen war: „Herr und Frau Walter geben sich die Ehre Herrn Georges Duroy zum Diner am Donnerstag, den 20. Januar, einzuladen.“

Diese neue Gunst, die zu der Beförderung hinzukam, erfüllte ihn mit solcher Freude, daß er die Einladungskarte wie einen Liebesbrief küßte. Dann begab er sich zum Kassirer, um über die große Geldfrage mit ihm zu ver-handeln.

Einem ersten Lokalredakteur wird im allgemeinen eine bestimmte Summe ausgesetzt, von der er die Reporter zu bezahlen hat. Sie bringen ihm bald wichtige bald un-wichtige Nachrichten, so wie die Wärtner einem Großhändler ihre Früchte liefern.

Für den Anfang waren Duroy zwölfhundert Franks ausgesetzt, und er nahm sich vor, einen guten Theil der Summe in seine Tasche wandern zu lassen.

Auf seine dringenden Vorstellungen hatte sich der Kassirer bereit finden lassen, ihm vierhundert Franks vor-zuschießen. Im ersten Augenblick hatte er den festen Vor-satz, Frau von Mareille ihre zweihundertachtzig Franks zurück-zuschicken, aber bald überlegte er sich, daß ihm dann nur noch hundertzwanzig Franks bleiben würden, eine viel zu geringe Summe, um seiner neuen Aufgabe einigermaßen gerecht zu werden, und er verschob die Rückzahlung auf später.

Zwei Tage lang machte er sich mit seiner neuen Einrichtung in der Redaktion zu schaffen. In dem großen, gemeinsamen Redaktions-Saale erbt er einen besonderen Tisch und Briefschächer. Eine Seite dieses Tisches nahm er in Anspruch; an der anderen saß Boisrenard, dessen Haare trotz seines Alters ihr Ebenholz-schwarz noch nicht eingeküßt hatten und ihm beständig auf den Papierbogen herabfielen, worauf er schrieb.

(Fortsetzung folgt.)

Nach der Militärvorlage wird die Friedenspräsenz-stärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergefreiten für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1894 auf 492,068 Mann der Jahresdurchschnitts-stärke festgestellt. Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die Offiziere, Aerzte und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushalts-Stat. In offenen Unteroffiziersstellen können über obige Friedenspräsenzstärke hinaus Gemeine verpflegt werden. Die Einjährigen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

Vom 1. Oktober 1893 ab werden die Infanterie in 711 Bataillone, die Kavallerie in 477 Eskadrons, die Feld-artillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 87 Bataillone, die Eisenbahntruppen in 7 Bataillone, der Train in 21 Bataillone formirt.

Wie in der Begründung ausgeführt wird, sollen neu errichtet werden: bei der Infanterie 173 vierte Ba-taillone, 1 bei jedem Regiment, bei der Kavallerie 1 Regiment zu 3 Eskadrons und 3 Reserve-Stamm-Eska-drons, bei der fahrenden Feld-Artillerie 20 Ab-theilungsstäbe, 60 Batterien, sowie 1 Abtheilungsstab und 3 Batterien bei der Feld-Artillerie-Schießschule, bei der Fuß-Artillerie 2 Stäbe für die 5. und 6. Fuß-Artillerie-Inspektion, 3 Regimentsstäbe, 8 Bataillone, sowie 1 Bataillonsstab und 1 Kompagnie bei der Fuß-Artillerie-Schießschule, bei den Pionieren 3 Bataillone, 1 Ba-taillonsstab und 3 Kompagnien, bei den Eisenbahn-truppen 1 Regimentsstab, 2 Bataillonsstäbe und 9 Kom-pagnien, bei dem Train 1 Kompagnie und 17 Bespannungs-Abtheilungen für Fuß-Artillerie.

Die bisherige Friedenspräsenzstärke betrug

Unteroffiziere	Gemeine	Zusammen
66 952	420 081	486 983
die zukünftige 78 309	492 068	570 877

Hierzu kommen noch die Einjährig-Freiwilligen, die Offiziere, Beamten und Aerzte, so daß die Friedenspräsenz-stärke auf ca. 650 000 Mann anzunehmen sein wird. —

Ein lex Heinze, d. h. ein auf Veranlassung des Heimischen Nordprozesses entworfenes Gesetz ist dem Reichstage vom Reichslanzler zugegangen. Der Entwurf betitelt sich Gesetz über Abänderung des Strafgesetzbuches, des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Gesetzes vom 5. April 1888, betreffend die unter Ausschluß der Öffentlich-keit stattfindenden Gerichtsverhandlungen.

Das Strafgesetzbuch erfährt Abänderungen und Zusätze zu den §§ 180, 181 und 184. Im § 180, gewerbsmäßige Kuppelerei, wird ein Strafminimum von 1 Monat Gefängnis festgesetzt, während jetzt bis auf 1 Tag herabgegangen werden konnte; auch soll, was bisher nicht der Fall war, zugleich auf Geldstrafe von 150—6000 Mark erkannt werden können. Außerdem erhält dieser Paragraph einen Zusatz, wonach die Vermietung von Wohnungen an Weibspersonen, welche wegen gewerbsmäßiger Unzucht einer polizeilichen Aufsicht unterstellt sind, strafflos bleibt, wenn sie unter Beobachtung der hierüber erlassenen polizeilichen Vorschriften erfolgt. Der § 181, qualifizierte Kuppelerei, wird auch auf die Fälle ausgedehnt, in welchen der Schuldige zu der verpuppelten Person in dem Verhältnis des Ehemanns zur Ehefrau stand. Außerdem kann in den Fällen des § 181 zugleich auf Geldstrafe von 150—6000 M. erkannt werden. Ein § 181a betrifft die Zuhälter und setzt eine Strafe nicht unter einem Monat, und wenn der Zuhälter der Weibsperson der Ehemann ist oder sie durch Anwendung von Gewalt und Drohungen zur gewerbsmäßigen Unzucht angehalten hat, nicht unter einem Jahre Gefängnis fest. Ueberdies kann auf Ehrenstrafen erkannt werden. Der § 184 betreffs unzüchtiger Schriften erfährt eine Ausdehnung auch auf die Personen, welche solche zur Verbreitung herstellen oder zum Zweck der Verbreitung im Besitz haben, sowie auf die Einleitung unzüchtiger Ver-bindungen durch Ankündigung in Druckschriften und auf öffentliche Anstellung von Abbildungen oder Darstellungen, welche, ohne unzüchtig zu sein, durch gröbliche Ver-lehrung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls Aergerniß zu erregen geeignet sind.

Die allgemeinen Strafbestimmungen des Strafgesetzbuches erhalten eine Erweiterung, indem bei einer Ver-urtheilung zu Zuchthaus oder Gefängnis, wenn die That von besonderer Rohheit oder Sittenlosigkeit des Thäters zeugt, auf Verschärfung der Strafe bis auf die Dauer der ersten sechs Wochen erkannt werden kann. Die Ver-schärfung der Strafe besteht darin, daß der Verurtheilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot erhält.

Die aus § 361 Nr. 3 bis 8 des Strafgesetzbuches (Wetteil, Bagavandirnen, Landtsucht, gewerbsmäßige Un-zucht u. s. w.) Verurtheilten können der Landespolizei über-wiesen und auch in Arbeitshäuser u. s. w. untergebracht werden.

Endlich soll, auch wenn die Öffentlichkeit der Gerichts-verhandlung nicht ausgeschlossen war, falls eine Gefährdung der Sittlichkeit zu besorgen ist, durch Beschluß des Gerichts die öffentliche Mittheilung aus den Verhandlungen oder aus einzelnen Theilen derselben untersagt werden können.

Eine schöne Zusammenstellung von Gesetzesbestimmungen, die nur eine Wohlthat und zwar für die Hausbesitzer ent-halten, welche an Prostituirte vermieten. —

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafprozess-Ordnung über die Wiederaufnahme des Ver-fahrens, sowie die Entscheidung für un-schuldig erlittene Strafen ist vom Zentrum beim Reichstage eingegangen. —

Die Fälschung der Kaiser Depesche. Daß der gestrige Reinwaschungsvorschlag des Herrn von Capriotti, so-wie Fürst Bismarck im Spiel, total mißlungen ist, und daß Belastungsmaterial höchstens noch vermehrt hat, das steht für Jeden fest, der dem Gegenstand irgend Auf-merksamkeit geschenkt hat. Uebrigens können wir mittheilen, daß in allerneuester Zeit — wenn wir nicht irren, so ziemlich zu gleicher Zeit mit der Reinwaschungsvor-schlag gegenüber die Fälschung — Verzeihung, die Redaktion der „Ghamade“ zur „Panfare“ un-umwunden zugegeben, sein Geständnis also wiederholt hat mit der charakteristischen Bemerkung: „Die Anderen (Bonaparte's Minister) haben es nicht besser gemacht.“ Und daß die „Anderen“ nicht besser waren und sind, das glauben wir dem „Redakteur“ Bismarck aufs Wort. Die Völker aber sehen

In welchen Händen sich mitunter ihr Schicksal an Jahrszucht befinden kann. Wie harmlos sind doch im Vergleich zur Bismarck'schen Wirtschaft die Zustände der Bergangebeit, welche uns vor dreihundert Jahren in dem berühmten Wort Ogensterna's enthüllt wurden: „Die Völker würden sich wundern, wenn sie wüßten, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“

Die „Reaktion“ der Kaiser Depesche zengte von etwas weit Schlimmerem, als von „wenig Verstand“.

Die Resolution betreffend den Antisemitismus, die von dem Parteitag nicht mehr diskutiert werden konnte, hat ein seltsames Schicksal gehabt — sie wird von der „Kreuzzeitung“ als Kundgebung zu Gunsten des Antisemitismus aufgefaßt. Und auch mancherlei Freunde des Herrn von und wozu Hammerstein äußern die gleiche Ansicht. Zum Beispiel eine antisemitisch-unabhängige Korrespondenz, welche die Kapitalistenpresse mit Klatsch und Unrath versorgt, behauptet, der Vortrag über Antisemitismus sei bloß deshalb von der Tagesordnung abgesetzt worden, weil die „philosemitische“ (verjudete) Parteileitung antisemitische Opposition aus dem Schooß des Parteitags befürchtet habe. Diese echt antisemitische Lüge ist bezeichnend für den „Radikalismus“ der Urheber.

Wesh Vrot ich esse, desh Lied ich singe. Pindter ist heute begeistert von der Rede des Reichskanzlers von Caprivi, die das „Gepräge geschichtlicher Bedeutung“ trage. Welche Hymnen hat derselbe Pindter nicht in derselben „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ auf den Reichskanzler Fürst Bismarck angestimmt, als dieser noch nicht a. D. war. Herr Pindter rechtfertigt eben seinen Titel als Kommissionsrath; es kommt nur darauf an, in wessen Kommission er augenblicklich steht.

Die Sozialdemokratie und die Militärvorlage. Unter dieser Ueberschrift bringt das freiconservative „Deutsche Wochenblatt“ einen Aufsatz, in welchem es vor der Militärvorlage und insbesondere der damit verknüpften zweijährigen Dienstzeit warnet. Jeder Schritt nach dem Militärsystem hin müsse die Widerstandskraft des Heeres gegen innere Feinde vermindern. In einem gegebenen Augenblick bestiehe das stehende Heer zur Hälfte aus Rekruten, zur Hälfte aus Leuten, die ein Jahr bei der Fahne gedient haben.

Was vollends an dreijähriger Dienstzeit noch übrig bleibt, ist durchaus geeignet, sozialdemokratische Anstehungsheerde in die Armee zu bringen. Das Volk fordert Gleichheit. Das Gleichheitsgefühl wird verletzt, wenn der Mann, der zur Kavallerie ausgehoben wird, ein Jahr länger dienen muß, als der Fußsoldat. Und nun vollends die Bestrafen! Während jetzt der dritte Jahrgang gewissermaßen die militärische Ueberlieferung repräsentirt, ein gewisses Ansehen den Rekruten gegenüber beansprucht, sind es künftig unzufriedene Elemente, Soldaten zweiter Klasse, die es als eine besondere Härte empfinden, ein Jahr länger in der Kaserne bleiben zu müssen.

Wenn man die fanatische Hingebung an die sozialdemokratischen Lehren beobachtet, hält man es nicht für unmöglich, daß, wie behauptet wird, schon heut junge Sozialdemokraten unter Verleugnung ihrer Anschauungen durch musterhaftes Verhalten in der Truppe sich das Vertrauen ihrer Vorgesetzten erwerben und Unteroffiziere werden — daß Mitglieder von Kriegervereinen, daß ganze Kriegervereine zur Sozialdemokratie übergegangen sind, ist allseitig bekannt. Durch die frässliche Ungefährlichkeit, mit welcher das „Militär-Wochenblatt“ die Landwehr angriff, ist die Königstreue und Vaterlandsliebe dieser Kreise auch nicht gestärkt. Die Militärvorlage gefährdet demnach die Armee inneren Feinden gegenüber verfallend: durch Verallgemeinerung der Dienstpflicht steigt die Zahl der Sozialdemokraten im Heer, durch Verkürzung der Dienstzeit vermindert sich der militärische Geist, durch Mangel an Unteroffizieren und Offizieren nimmt die Autorität und der Einfluß der Vorgesetzten ab und indem die Zahl der Unteroffiziere und Offiziere übermäßig erhöht wird, sinkt deren Analtät, vermindert sich ihre Autorität und wächst die Gefahr des Eindringens der Sozialdemokratie in das Unteroffizierskorps.

Während so die Widerstandskraft des Heeres gegen die Sozialdemokratie in gefährlicher Weise geschwächt wird, wächst andererseits die Angriffskraft derselben durch den willkommenen Agitationsstoff gegen den „Militarismus“. Im ganzen Lande werden bereits jetzt Versammlungen über Versammlungen abgehalten, und das ohnehin unzufriedene Volk bietet einen vortheilhaften Boden für die Ausschreitungen der Demagogie. Es bedarf nur noch der Reichstagsauflösung, und die bereits lüppig spreizende Saat schießt mächtig in die Höhe.

Das hoffen wir!

Der Mann mit der schwieligen Faust muß der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ herhalten zur Vertheidigung der Militärvorlage. Sie schreibt:

„Aus Leipzig erhalten wir eine offenbar von einer schwierigen Faust geschriebene Meinungsbüherung, deren Verfasser sichtlich Gedanken ausdrückt, von denen viele Kreise beherzigt werden. Dieser Mann schreibt:

Hiermit wollte ich Ihnen nur sagen, daß, wenn die Militärvorlage nicht unverändert durchgeht, die Auflösung des Reichstages das beste Mittel ist, um zu beweisen, daß man im Volke denn doch ganz anders denkt, als die Zeitungen Stimmung zu machen bemüht sind und ihren Willen sammt dem eingelegten Herdortenden dem ganzen übrigen Volke aufzuzwingen wollen, theils aus Separatismus und bösem Willen zur Regierung und sonst welchen Gründen, wie z. B.: „Wahlen“, wovon selbst unser löbl. Tagesblatt nicht frei ist, dessen Richtung ich und meine Bekannten sonst zur Unruhe machen. Möchte man immer nur bedenken: 1. würde heute sämmtliches Militär entlassen werden, welche Konkurrenz und Ueberfluß mehr am Arbeitsmarkt eintreten würde. 2. Der Staat unterhält die Mannschaften viel billiger als diese sich im Jüw zu unterhalten vermögen, und wenn heute dreimal mehr aktive Soldaten einberufen würden, so haben die Zurückbleibenden bessere Erwerbsverhältnisse und tragen viel leichter die Wehrlast als jene Konkurrenten!

So benehmt ein Mann aus dem Volke Dinge, welche dem Blatte am schönen deutschen Rhein solche Schmerzen machen!“

Mit letzterem Blatte ist die Bismarck'sche „Westdeutsche Zeitung“ gemeint, welche gegen den Reichskanzler Caprivi agitirt. Der Mann mit der schwieligen Faust, der für die Militärvorlage eintritt, und der Bismarcker, dem plötzlich das Ciend des Volkes zu Herzen geht, sind gleichwerthig.

4 100 000 Mann, kriegstüchtig ausgebildet, soll die deutsche Armee in 24 Jahren zur Verfügung haben. Hierauf arbeitet die neue Militärvorlage nach ihrer Verleugung hin. Frankreich wird dann nur 4 053 000 Mann und Rußland 4 556 000 Mann haben. Welch herrliche Aussichten! Jedes Soldatenherz muß sich freuen. Lohnt es sich noch, für andere Zwecke als für den Militarismus zu leben? Welch höhere Kulturzwecke kann die Menschheit ver-

folgen? Und in diesen Riesen-Armeen werden 100 000 christliche Priester den Gott der Liebe anrufen, damit er die mörderischen Kugeln in das Herz der ihn mit anrufenden christlichen Feinde lenke. Und wenn das Schlachtfeld von hunderttausenden von Leichen bedeckt sein wird, dann werden die Ueberlebenden denselben Gott anrufen, die einen in einem Te Deum für den errungenen Sieg, die anderen mit dem Wunsche, daß Gott ihnen in nächster Schlacht die Scharte ausweihen helfe.

Wie geböhmeret wurde, zeigt eine dem preussischen Abgeordnetenhaus vorgelegte Zusammenstellung der Ergebnisse der Einkommensteuer vor und nach der Steuerdeklaration. Nach dem von der „Volks-Zeitung“ hieraus entnommenen Auszuge wurde gezahlt in den Städten über 100 000 Einwohner:

	1891/92	1892/93	also mehr in
Berlin	15 470 103	22 758 498	82,12
Breslau	2 272 920	3 017 708	21,41
Köln	2 277 928	3 352 342	33,82
Magdeburg	1 785 213	2 304 060	19,03
Frankfurt	2 449 596	5 001 747	89,34
Hannover	1 122 028	1 779 188	53,51
Königsberg	734 850	1 009 779	31,93
Düsseldorf	788 774	1 349 087	87,89
Altona	519 186	904 917	63,23
Elberfeld	551 423	1 144 158	86,19
Danzig	406 191	632 687	23,15
Stettin	751 021	1 800 777	54,46
Barmen	388 528	821 216	102,35
Krefeld	403 751	732 908	79,55
Kachen	644 525	1 043 411	53,81
Halle	709 857	1 149 400	43,23

Hier, wie auch in den Städten mit geringerer Bevölkerung stehen die rheinisch-westfälischen Städte obenan. So weisen die nachfolgenden Städte folgende Steuerzahlen auf:

	1891/92	1892/93	also mehr in
Dortmund	358 244	1 201 339	83,12
Essen	467 996	1 968 888	91,96
Duisburg	175 239	411 706	120,31
M.-Gladbach	146 302	292 517	97,91
Münster	274 637	589 797	41,95
Bochum	142 455	600 616	114,84
Mensfeld	101 186	319 069	205,93
Bonn	404 388	672 844	63,65
Trier	171 269	256 622	47,88
Hagen	108 757	302 059	178,79
Koblenz	254 698	368 212	44,00

Aus dem Vorstehenden ergibt sich folgende Liste der Unterschätzungen nach der Reihe ihrer Höhe:

	mit einer Unterschätzung von	205,96 pCt.
Mensfeld	101 186	178,79
Hagen	108 757	120,31
Duisburg	175 239	114,84
Barmen	388 528	102,35
M.-Gladbach	146 302	97,91
Essen	467 996	91,96
Frankfurt a. M.	2 449 596	89,34
Düsseldorf	788 774	87,89
Elberfeld	551 423	86,19
Dortmund	358 244	83,12

Reichstagswahl. Bei der am 22. November für den zurückgetretenen Reichstags-Abgeordneten Domkapitular Berger stattgehabten Ersatzwahl im Wahlkreise Cleve-Geldern wurde der Zentrumskandidat Graf Frih von Voß gewählt.

Zur rechten Zeit gestorben. In die vielen Kammern, die der Bourgeoisie ihr Niedergang bereitet, leuchtet doch auch manchmal ein freudiges Ereignis herein, z. B. wenn bei irgend einem Diesensandal der Hauptschuldige plötzlich stirbt und das Geheimniß seiner Mitschuldigen mit ins Grab nimmt. So ist jetzt in Paris der Bankier Reinach gestorben oder gestorben worden — gerade in dem Augenblick, wo die Blase des Panamaschwindels platzt, in welchem er die Hauptrolle gespielt: die des Vertreibens der Besetzungsgelder. Und damit die deutsche Bourgeoisie nicht allzu hochmüthig die Nase rimpfe über die „verdorbenen Franzosen“, so wollen wir nur an den Tod des christlich-germanischen Millioner-Spißbuben Winkelmann erinnern, der vor Jahresfrist gar manchem patriotischen Pfefferack der teutschen Seestadt Leipzig eben so gelegen starb, wie Bankier Reinach so manchem französischen Geschäftspolitiker. Die Fäulniß der Bourgeoisie ist international.

Gerestratische Naturen. Die Thätigkeit des Fürsten Bismarck, der als Exilant das zu zerstören sucht, was er als Kanzler „geschaffen“, ist allen Lesern bekannt. In ganz ähnlicher Weise arbeitet Herr Crispi, den man den „italienischen Bismarck“ genannt hat, als Staatsmann a. D. an der Zerstörung seines eigenen Werkes.

Vor einigen Tagen hielt er, der als Minister Italien in den Dreieind und Frankreich auf's unverschämteste reizte, eine demagogische Rede, in welcher er die französische Republik verherrlichte und den Dreieind für das Unglück Italiens erklärte. Und wie es heißt, hat er im Kreise seiner Vertrauten den König von Italien bereits als gefallene Größe bezeichnet. So sind die „genialen“ Staatsmänner, die nur an ihren persönlichen Ruhm und ihren persönlichen Vortheil denken.

Parteinachrichten.

Und dem Wahlkreise Arnoldsweiler. In dem Städtchen Friedberg, nebenbei bemerkt der größte Ort im ganzen Wahlkreise, mit 7000 Einwohnern, fand am 23. d. M. eine Volksversammlung statt, in welcher der Abgeordnete Förster aus Hamburg referirte. Die Versammlung war gut besucht, und die Anwesenden zeigten sich sehr taupfelmüthig. Die Antisemiten treiben dort ihren Unfug, und die Bevölkerung ist durch das Treiben dieser Leute — fanatisirt. Auch unsere Versammlung verurtheilt man zu stören. Als der Referent aber an das Ehrengeld der Anwesenden appellirte und auf das Unschickliche ihres Betragens hinwies, wurden die Leute still und Vortrag und Versammlung konnten ruhig zu Ende geführt werden. Die Bevölkerung des Wahlkreises, wie des Ostens überhaupt, ist in Bezug auf Industrie, und was Fortschritt im modernen Sinne überhaupt bedeutet, rückständig. Das sind denn auch die Bedingungen, unter denen Junker und Antisemit ihren Stimmengang mit Erfolg ausführen können. Der Referent suchte daher den Anwesenden klar zu machen, warum und aus welchen Ursachen das Kleinhandwerk wie auch der kleine bürgerliche Besitz zu Grunde geht. Weber Zünfte könnten den Kleinhandwerker

vetten, noch die bloße Befestigung der jüdischen Ausbeuter. Wenn man den jüdischen Ausbeuter beseitigen würde, so bliebe die Ausbeutung an sich doch bestehen; es sei für den Ausbeuteten gleich, ob der Ausbeuter Abraham oder Schälge heiße. Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, welche die Ausbeutung überhaupt beseitigen wolle und werde. Eine Diskussion fand nicht statt, obwohl dazu wiederholt aufgefordert worden war.

Ein Meineidsprozeß. Dem seit Monaten im Magdeburger Landgerichts-Gefängniß in Untersuchungshaft befindlichen Proceßmeister Mathies aus Eldingrode ist jetzt die Anklage zugegangen. Dieselbe lautet auf Meineid. Mathies soll sich dieses Vergehens dadurch schuldig gemacht haben, daß er über Vorgänge in einer am 8. Dezember 1891 in Stahfurt stattgehabten Metallarbeiter-Versammlung als Zeuge unter Eid befragt wurde. Die diese Versammlung überwachenden Beamten behaupten nun, Mathies in der Versammlung nicht gesehen zu haben, und daraus schließt die Staatsanwaltschaft, daß Mathies überhaupt nicht in der Versammlung war, ergo einen Meineid geschworen habe. Wir kommen auf diese ungeheuerliche Anklage noch zurück.

Verfälschte Spekulation. Dem Wirth der Flora in Magdeburg, welcher unserer Partei sein Lokal verweigert hatte, ist die Wirthschaft nun doch entzogen worden. Da die Arbeiterkassette über sein Lokal den Boykott verhängt und ihn für den ca. 500 M. betragenden Schaden, den er uns bereitet hat, zivilrechtlich haftbar machen will, so hat der Wirth einen doppelten und dreifachen Nachtheil.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Das Leipziger Landgericht erließ gegen den Redakteur der „Burger Zeitung“, Breuer, einen Verhaftsbefehl, da dieser am Mittwoch in der gegen ihn anhängenden Gerichtsverhandlung nicht erschienen war und deshalb fluchtverdächtig ist.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung. Oessentliche Sitzung vom Donnerstag, den 24. November, Nachmittags 5 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung erfolgt die Einführung und Verpflichtung des neu gewählten Stadtv. Wiese.

Der Ausschussbericht über die Vorlage betreffend den Austausch einer städtischen Parzelle an der Ecke des Kottbuser Ufers und der Glogauerstraße gegen eine Hinterlandparzelle in der Glogauerstraße empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen. Die Stadt besitzt das Vorterrain der Parzelle, und es wird beabsichtigt, auf dem vereinigten Grundstück eine Gemeindegasse zu errichten. Für die städtische Parzelle ist ein Preis von 1750 M., für das Hinterland von 900 M. für die Ruthe zu Grunde gelegt.

Stadtv. Wiese bemerkt, daß diese Preise, namentlich den für das Hinterland, viel zu hoch. Das Hinterland sei für die jetzigen Besitzer sehr schwer zu verwerthen und auch für die Stadt nicht entfernt so werthvoll, um 900 M. für die Quadratruthe zu opfern. Auch brauche die Stadt das Terrain nicht nothwendig und von der Schule sei nur so nebenbei die Rede. Brauche man eine Schule in jener Gegend, so sei Hinterland für 7-800 M. überall dort zu haben. Stadtv. Vorchardt: Die Grundbesitzungsdeputation ist von der Schuldeputation ausdrücklich aufgefordert worden, in jener Gegend ein Terrain für eine Schule zu beschaffen.

Stadtv. Ballach hält das Tauschgeschäft für sehr günstig für die Stadt und empfiehlt den Anschlußantrag.

Auch Stadtschulrath Vertram betont, daß dort ein städtisches Schulgrundstück gebraucht werde, weil in jener Gegend die Schulbevölkerung noch im Zunehmen begriffen sei.

Stadtv. Wohlgemuth bemerkt dagegen, daß gerade diese Verquickung mit dem Schulbau-Projekt zu der demängelten Vertheuerung geführt habe; sonst würden noch nicht 500 M. für die Ruthe Hinterland gezahlt werden.

Der Anschlußantrag wird angenommen.

Zum Bau einer Leichenhalle auf dem Begräbnißplatze der St. Johannesebene bei Wilsdorf wird die Bewilligung von 85 000 M. aus dem Leichenhaus-Baufonds nachgesucht.

Die Bewilligung erfolgt ohne Debatte.

Auf die Anträge der Stadtv. Spinola und Genossen bezieht sich der Stellung des Magistrats zur Frage einer Disposition der Ferienordnung hat der Magistrat unterm 18. d. M. geantwortet, daß er an das Provinzial-Schulcollegium das Gesuch zu richten beabsichtigt, dahin zu wirken, daß in der Lage der Sommerferien keine Aenderung eintritt, daß aber die Lage der sogenannten Osterferien derart festgesetzt wird, daß dieselben mit dem ersten Montag im April ihren Anfang nehmen.

Stadtv. Spinola ist mit dieser Antwort nicht zufrieden.

Gerade die jetzige Lage der Sommerferien habe zu großen Unzulänglichkeiten geführt. Der August, in dessen erster Hälfte die Sommerferien bereits ihr Ende erreichten, sei der heißeste Monat in Berlin. Die Sommerferien seien auch nicht mit den Universitäts- und den Gerichtsferien zusammen; das schlimmste aber sei, daß die Ferien nicht am Ende des Semesters liegen. In Preußen und in Bayern habe man sich besser eingerichtet. Die Verlegung des Schuljahres auf Januar-Juli resp. Juli-Januar würde am besten den drohenden Uebelständen abhelfen.

Stadtschulrath Förster a. D. verweist gegenüber dem letzteren, an sich sehr annehmbaren Vorschläge auf die immensen Schwierigkeiten, die sich ihm im bürgerlichen Leben in der Zeittheilung der Universitäten, in den militärischen Einrichtungen bezüglich des einjährigen Dienstes entgegenstellen. Eine Verschiebung des Anfangs der Ferien auf Mitte August so nicht ratsam, da das vorhergehende Semester dann eine Ausdehnung bekomme, sein Lehrer und sein Schüler ausbiete. Deshalb habe sich der Magistrat gegen eine Aenderung der bestehenden Sommerferien ausgesprochen. Der erste April aber sollte als Schluß des Wintersemesters fixirt werden, denn die Beweglichkeit des Okertermins (vom 23. März bis 25. April) bringe sehr große Unzulänglichkeiten mit sich.

Stadtv. Friedemann: Der Zweck der Sommerferien würde allerdings ganz verloren gehen, wenn der Anfang erst Mitte August einträte. Aber es müßte sich doch ermdlichen lassen, dieselben von Mitte Juli bis Ende August dauern und die Michaelisferien ganz fortfallen zu lassen. Dieser Ausweg würde jedenfalls der glückliche.

Stadtschulrath Förster a. D.: Für eine Schule sind häufigere und längere Ferien von Werth; lange Ferien laugen nichts. Fünf Wochen ist das meiste, was die Schule vertragen kann, eine sechste Woche ist vom Uebel.

Stadtv. Schwabe: Die Ferien müssen so liegen, wie es für die Kinder am besten ist, sie müssen in die Zeit fallen, wo die Temperatur die heißeste ist. Nun ist nicht der August, sondern der Juli die heißeste Zeit des Berliner Jahres. Der Uebelstand für Berlin ist heute der, daß die Schüler zu sehr aus dem Bannkreise der Schule herausgezogen werden, da die Ferien mitten im Semester liegen. Hier könnte also nur eine Verlegung des Semesters helfen. Bis das geschieht, müssen wir der heutigen Einrichtung unbedingt den Vorschub geben.

Zum Worte gemeldet ist noch Stadtv. Singer. Die Mehrheit nimmt indes einen Schlußantrag an, damit ist der Gegenstand erledigt.

Schluß nach 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.
Freitag, 25. November.
Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauern-Ehre). Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Der Geigenmacher von Cremona. Die gelehrten Frauen.
Festung-Theater. Dora.
Berliner Theater. Wallenstein's Tod.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.
Deutsches Theater. Der Nisanthrop. Die Geschwister.
Neues Theater. Die Liebeshändlerin.
Kroll's Theater. Konzert.
Residenz-Theater. Im Pavillon. (Le Partum).
Friedrich-Wilhelmsstadt-Theater. Orpheus in der Unterwelt.
Thomas-Theater. Almenrausch und Edelweiß.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexanderplatz-Theater. Sport-Mädel.
National-Theater. Die Jungfrau von Orleans.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 77. Male:
Die wilde Madonna.
Singschloß in 3 Akten von L. Treptow. Coupletts von G. Görs. Musik von O. Stoffens. Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütkenmeyer in Coburg. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Sport-Mädel.
Große Fosse mit Gesang, Tanz und Tableaux in 4 Akten von J. Kraus u. A. Schönfeld.
Musik von Max Lustig.
Mit vollständig neuer Ausstattung. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Sport-Mädel.

American-Theater.
Neu! Die Trockenwäner, oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hof aus, von Max Wagner. Hauptrolle: Der urkomische Fendie. Jeden Abend jabelnder Beifall.
Der feine Reizner.
Berliner Lokalposse von D. Wagner.
Neu! Die Wiener Original-Comedie
Clotilde Kowala.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf. Sonntags 6 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Sensationell!
Prinzess Topaze.
Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entree.
Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Die 4 zusammengewasch. Mädchen.
Rosa-Josefa 4-6 Uhr.
Radica-Doodica von 11-1 und 4-9 Uhr.

Vergnügungszimmer mit Pianino, 40 bis 50 Personen fassend, zu vergeben. 2395 Reichenbergerstr. 83.
Gänse-Auspielen
jeden Sonnabend-Abend
Jerusalenerstr. 66. Ed. Blauel.

Achtung!
IV. Berliner Wahlkreis.
Sonntag, den 27. November 1892,
in Schneider's Gesellschaftshaus, Proskauerstraße 37/38:
Erstes Stiftungsfest
des
Sozialdemokratischen Agitationsklubs für den Osten Berlins
unter gütiger Mitwirkung des Theatervereins „Aurelia“, sowie des Gesangsvereins „Freies Lied“.
Konzert, Festrede, Prolog, Vorträge und Tanz.
Herrn die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Billets sind bei den Mitgliedern, beim Vertrauensmann Robert Wengels und in den bekannten Lokalen zu haben. 198/9

Adolph d. Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 28. November, Abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum Anschluss an den Tischler-Verein. 2. Diskussion. 3. Vereinzangelegenheiten und Verschiedenes.
Wegen der wichtigen Tagesordnung werden die Kollegen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Kollegen, die noch Billets vom Stiftungsfest in Händen haben, werden ersucht, sofort abzurechnen.
Die Antragsscheine zur Eintragung in die Listen zu den Gewerbevereinswahlen werden in dieser Versammlung ausgegeben. 259/7
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Gottfried Schulz
Admiralstraße 40a (Ecke Kottbuser Thor)
empfiehlt sein 3280L
Cigarren- u. Taback-Geschäft.
Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren,
ganze Wohnungseinrichtungen in Mahagoni und Nussbaum, empfehlen 3270L
Gebr. Klink, SW., Friesenstrasse 21, SW.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Freitag, den 25. November 1892,
Abends 7 1/2 Uhr:
Ausserordentliche Vorstellung
mit humoristischen Einlagen sämtlicher Akrobaten. Außerdem: Prinz Karneval und sein Gefolge, komische equestre Vorführung v. Dir. Fr. Renz. Solon, ger. von Fr. Clotilde Hager. Mr. James Pills mit dem Schulpferde. Germinale. Entree der 3 Gebr. Les, musikal. Akrobaten. Die Akrobruppe Hadje Abdullah. Zum Schluss: Auf Helgoland mit vollständig neuen Einlagen, u. a.: Leib-Garde-Artillerie, Hamburger Bürgerwehr. Ballet von 82 Damen.
Morgen, Sonnabend: Gr. Vorstellung.
Sonntag, 2 Vorstellungen um 4 und 7 1/2 Uhr. 4 Uhr Nachmittags (1 Kind frei): Die lustigen Heideberger.
Abends: Auf Helgoland. Billet-Vorverkauf beim „Jugendklub“, Marktgrafenstr. 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.
Berlin, Friedrich-Karl-Platz,
Ecke Karlstraße.
Freitag, den 25. November,
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Komiker-Vorstellung.
Auftreten sämtlicher Akrobaten, sowie der 3 dummen Auguste in ihren neuen komisch. Intermezzen.
1. Mal: Maxik. Kriegsepisode, milit. Szene mit Gefechten und Ecolut. zu Fuß und zu Pferde, Tänzen, Aufz. u. ausgef. v. gef. Pers. mit Benutzung eigens dazu dress. Pferde. Außerd. Austr. d. berühmten Spezialitäten.
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Gala-Sports-Vorstellung. Sonntag: 2 Extravortr., 4 Uhr (1 Kind frei) und 7 1/2 Uhr.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77-79.
Täglich:
Borussia-Konzert- und Komplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstück- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Mehlhandlung
L. Brachvogel,
Mantenselstr. 75,
empfiehlt in anerkannt bester Qualität:
Direkt bezogene russische Tzee's neuester Sorte, 1/4 Pfd. 50 Pf., bis 1,50 M., 1/2 Pfd. 1,00 bis 1,70 M. Bourbon-Vanille à Schote 10 u. 15 Pf. Cacao (Hilfsbrand) à Pfd. 2,00 u. 2,40 M. Schokolade, gar. rein, à Pfd. 0,80 bis 2,00 M. Schokoladenpulver, à Pfd. 60 und 80 Pf. Albert-Cafes, bes. fein à Pfd. 90 Pf. Div. andere Biscuits à Pfd. 90 Pf. bis 1,20 M. Göt. Postdamer Zwieback à Pfd. 60 Pf.

Bruchbänder,
chirurg. Gummivaaren, Gummistrümpfe, Geradhalter, Leibbinden, Spritzen, Suspensor's etc., Umstandsbinden, medicin. Verbandstoffe, Brillen etc., Pincenez, sowie Artikel aller Art zur Krankenpflege empfiehlt (2590L) J. Ch. Pollmann, gepr. Bandagist, Berlin, 30 Linienstrasse 30.
Lieferant für die vereinigten Hilfs-Krankenkassen.
Staate, Dampfschiffmännchen 2,00, Weibchen 1,00, Blut-Häuflinge 1,50, Stieglitz, Krenschnebel 1,25, Finken, Zeigler, Blaumeisen, Krenschnecken 0,80, Zwergpapageien Paar 5,00, Kanarienhähne 8,00-15,00 M. (3222L) **Schnelle, Invalidenstr. 7.**

Grosse Volks-Versammlung
Sonntag, d. 27. Nov., 11 Uhr Vormittags,
im Feen-Palast, St. Wolfgang- und Burgstraßen-Ecke.
Tages-Ordnung:
1. Wie können wir die in diesem Winter hochgestiegene Arbeitslosigkeit feststellen? Referent: Rob. Schmidt.
2. Diskussion.
Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Parteigenossen und die Mitglieder der Gewerkschaften auf die Versammlung besonders aufmerksam gemacht.
Da der Saal um 2 Uhr geräumt werden muß, bitten wir die Genossen, pünktlich zu erscheinen.
361/2 **Der Einberufer.**

Die Kunst dem Volke!
Neue freie Volksbühne.
Erste Vorstellung
in dem umgebauten und neu ausgestatteten Belle-Alliance-Theater
am Sonntag, d. 27. Nov., um 1 1/2 Uhr Nachmittags:
Goethe's Faust
in Szene gesetzt von Herrn Emil Bessing. Die Hauptrollen sind in den Händen bewährter Künstler.
Die von Dr. Bruno Wille herausgegebene Schrift enthält Aufsjätze über „Faust“ und dergleichen, sowie das Programm der Vorstellung, und wird im Theater à 10 Pf. verkauft.
Mitglieder-Aufnahmen finden auch im Theater von 12 1/2 Uhr ab statt.
Die Vorstellung muß wegen der Länge der Handlung notwendigerweise um 1 1/2 Uhr beginnen.
Der Vorstand.
Dr. Bruno Wille, Vors. Dr. Max Halbe, Schriftf. Robert Bertel, Kassirer.

Zahlstellen:
N.: A. Borchert, Barbier, Brunnenstr. 79. E. Klein, Buchhandlung, Graurstr. 10. E. Engel, Buchbinder, Ebornerstr. 9. M. Knauer, Zigarrenhandlung, Kiderstr. 86 (Gingang Kollmerstraße). E. Dobrowolsky, Wiedomstraße 14. Meinau, Restaurateur, Gartenstr. 171. Aug. Adamczak, Schuhmachermeister, Auguststr. 6a. L. Ad. Knapp, Kasernen-Allee 95. Hermann Lesser, Lothringerg. 8.
NO.: Reizner, Milchgeschäft, Marienburgerstr. 86. Herrn. Krause, Viehmarkt 7a. H. Sohn, Zigarrenhandlung, Neue Königsstr. 2. Paul Heinicke, Zigarrenhandlung, Ballhofstr. 10.
NW.: Schiefel, Zigarrenhandlung, Gohlwitschstr. 8. Gust. Reinecke, Kaufmann, Flemmingstr. 6.
SW.: Redaktion des „Sportvoegel“, Zimmerstr. 56. Ed. Behrendt, Gneisenaustr. 80. Redaktion der „Lichtstrahlen“, Georgstr. 43 (Haberstraße). S.: D. Lohm, Restaurateur, Brandenburgerstr. 11. W. Hagenmann, Zigarrenhandlung, Oranienstr. 144. Herrn. Bobzien, Zigarrenhandlung, Kommandantenstraße 62. Stramm, Gastwirt, Ritterstr. 123.
SO.: Niecamp, Restauration, Köpenickerstr. 145. W. Jach, Buchhandlung, Oppenauerstr. 45. Schäffer, Zigarrenhandlung, Rantowstr. 82. Th. Stampehl, Zigarrenhandlung, Mariannenstr. 26. Willi Schmidt, Gastwirt, Brandenburgerstr. 141. Aug. Gänther, Gastwirt, Josephstr. 10. Hugo Köhn, Gastwirt, Raunigstr. 88.
O.: Aug. Jansinger, Restauration, Kraussstr. 86. E. Krüger, Zigarrenhandlung, Kraussstr. 1. Max Röser, Franziskaner Allee 109.
C.: W. Gamps, Stehbierhalle, Landsbergerstr. 57.
Rixdorf: W. Schweißer, Zigarrenhandlung, Hermannstr. 153.
Wilmsdorf: Otto Jach, Tapezier, Mecklenburgerstr. 13.
Friedrichsfelde: Fr. Brenzel, Schuhmacher, Pringens-Allee 44.
Neu-Weissensee: Pawlowsky, Lothringerg. 13.

Orts-Krankenkasse
für das
Goldschmiede-Gewerbe.
Ausserord. Generalversammlung
sämtlicher Delegirten der
Arbeitgeber u. Arbeitnehmer
am Sonntag, d. 27. Nov., Ab. präz. 9 Uhr,
im Restaurant **Presdener Garten**,
Dresdenerstraße 45.
Tagesordnung:
1. Vorlage des neuen Kassenstatuts
und endgültige Beschlußfassung darüber
2. Verschiedenes. 239b
Der Vorstand.
J. H.: E. Davidhäuser, Vors.,
Laudenstr. 85.

Am Sonnabend, den 19. d. M.,
Abends 8 Uhr, entschlief sanft
nach langen schweren Leiden an der
Lungen- und Nierenkrankheit mein
innigstgeliebter Bruder:
242b
Conrad Goldberg
im 83. Lebensjahre.
Dem Herrn Dr. Herrn. Friedländer sage ich für die aufopferungsvolle ärztliche Hilfe, die er dem nunmehr Verstorbenen geleistet hat und die ihm die Lebensstage verlängerte, die Lebensstage erleichterte, meinen herzlichsten Dank.
Otto Goldberg.

Empfehle mein Geschäft in frischen
Blumen und Kränzen. 533 L
Robert Meyer,
Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Bitte, lesen Sie!
Jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
sowie Anzügen, einzelnen Röcken, Jacken, Hosen, Westen etc., ferner Stiefeln, Hüten, Wäsche, Betten, gold- u. silberne Herren- und Damen-Uhren, Reise- und Holz-Koffer, Wäsche, Damen-Mänteln und Kleiden etc. billig und gut kaufen will, empfehle mein bekanntes, sehr reichhaltiges Lager in Alt und Neu, Kaufe alles auf Auktionen und Verhändlern, bin daher im Stande, meine Kunden wirklich billig und reell zu bedienen.
A. Wergien, Schneidermeister,
Partiwaarenhändler,
Schäferstraße 127, gegr. 1874.
Bitte, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 3129L

Allen Freunden und Genossen zeigen
hiermit die Geburt eines frommen
Sozialdemokraten an.
294b
Carl Lops, Klemmer, nebst Frau.

Anstreicher!
Die Morgensprache findet
von jetzt ab statt: Morgens 9 Uhr, bei
Uebler, Urbanstraße 118.

1892 L
Sophabezüge!
Beste in Ripps, Damast, Granit,
Plüsch u. buntem Stoff, **Spottbillig.**
Emil Lohrey, Oranienstr. 158.
Proben franko!

sehr geräumig, ungefüllt, m.
Bereinz., Piano, Bild, Simeonstr. 23.

Anwalt für die Invaliditäts- u. Alters-
versicherung, Jüdenstr. 31, I.

Alte Stiefel für Herren u. Damen
vert. Gen. Lehmann,
Dünenstraße 6. 2929b

Die feinsten Harzer Kanarienvogel
sind angekommen, und stehen zu soliden
Preisen zum Verkauf. 235b
Pantroy, Kommandantenstr. 35 II.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Staate 1,50, Stieglitz, Rothhäuf-
linge 1,25, Finken, Zeigler 80 Pf.
3269b **Schnelle, Stalingerstr. 182.**

Stieglitz 1 M., Finken, Zeigler,
Dampfschiffmännchen 75 Pf., Rote
Dampfschiffmännchen 2 M., keine zahme Affen
und sprechende Amazonen, zoologische
Handlung, Engros und Detail, Steu-
lauerplatz 21. 195b

Teilnehmer z. höchst mögl. Zimmer
gesucht. Hatz, Brandenburgerstr. 9.

1 f. d. Keller, Stube u. Küche, wegen
Uebernahme ein. Geschäfts z. 1. Dezemb.
f. 70 Thlr. z. verm. Reichenbergerstr. 157.

Sopha zu verk. Admiralstr. 8, 2 Etz.
Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
1 Markt. Garantie rein amerikanische
Tabake. Nippental 2 Pfd. 60 Pf.
1785L **H. F. Dinslage,**
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Arbeitsmarkt.
2 Korbmacher, tüchtige Arb. auf
Damous, sofort.
240b] **Lankau, Gassestraße 9.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 24. November, Mittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Marschall, v. Malgahn, v. Kattenborn u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation des Abg. Dr. Petri: Am 22. Oktober d. J. gerieth ein angestellter Arbeiter mit dem Militärposten vor dem Gebäude der Oberpostdirektion zu Straßburg in einen Wortwechsel. Der Arbeiter wurde von dem Posten festgenommen und in das Schilderhaus geführt; er ergriff jedoch die Flucht, worauf der Posten einen scharfen Schuss auf ihn abfeuerte. Durch den Schuss wurde niemand verletzt; bei dem lebhaften Verleth, welcher an dieser Stelle herrschte, war durch diesen Schuss das Leben mehrerer Personen gefährdet. Angefichts dieses und ähnlicher Vorgänge erlaube ich mir, an den Herrn Reichskanzler die Frage zu richten, ob bezüglich der zur Zeit geltenden Bestimmungen über den Gebrauch von Schusswaffen seitens der Militärposten Änderungen in Aussicht stehen, welche geeignet sind, der Gefährdung des Lebens der Einwohner in wirksamer Weise vorzubeugen.

Nachdem der preussische Kriegsminister v. Kattenborn sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt hat, erhält das Wort zur Begründung derselben

Abg. Dr. Petri (nat.): Der in Rede stehende Vorfall vermehrt die Zahl derjenigen Vorgänge, welche die Abänderung der Instruktion der Militärposten als unabwendbares Bedürfnis erscheinen lassen, um einen sehr prägnanten Fall. Daß bei demselben kein Unglück sich ereignet hat, ist bei dem starken Verleth, der gerade an der betreffenden Stelle herrscht, ein überaus glücklicher Zufall. Am 15. Februar hat der Reichstag einstimmig eine Abänderung der Instruktion für den Gebrauch von Schusswaffen verlangt; von Seiten der Behörden ist aber nichts, gar nichts geschehen, obwohl eine Abänderung doch so leicht wäre. Die sog. Ehrenposten könnten, wenn nicht ganz abgeschafft, so doch auf ein Minimum reduziert werden, denn sie dienen eigentlich gar nichts, man könnte ohne weiteres verfügen, daß sie, soweit sie beibehalten werden, nicht mit scharfen Patronen versehen sein sollen. Zu ihrer eigenen Vertheidigung bedürfen doch die Ehrenposten der scharfen Patronen nicht, wie verfahren ja auch alle auf der Straße und führen dieselben zu unserer Vertheidigung nicht bei uns. (Heiterkeit.) Auch die Zahl der Sicherheitsposten könnte füglich eingeschränkt werden. Der Sicherheitsdienst könnte vielfach von Schulreuten wahrgenommen werden, welche in der Regel bessere Etsal- und Personalkennzeichen haben als der Posten und eher in der Lage sind, einzugreifen als dieser. Soweit Militärposten beibehalten werden, soll die Grenze scharf gezogen werden, wo das Recht des Postens beginnt, wo seiner Waffe Gebrauch zu machen. Auch das scheint mir sehr leicht zu sein. Man könnte verfügen, daß er nur dann dazu berechtigt ist, wenn er thätlich angegriffen wird, oder daß ihm zur Vermeidung andererseits Objekt gefährdet erscheint. Also auch in dieser Beziehung würde es unschwer sein, die bisherigen Bestimmungen richtig anzuwenden; erforderlich ist nur der feste Vorsatz, ein altes, für die heutigen Schusswaffen nicht mehr passendes System endlich einmal zu beseitigen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß das Leben eines Menschen auf Spiel gesetzt wird, weil dieser Mensch sich in einem Wortwechsel mit einem Militärposten befindet, daß friedliche Menschen, welche garnichts mit der Sache zu thun haben, der Lebensgefahr ausgesetzt werden, weil sie zufällig in den Bereich der Angel kamen. Die Frage aufzuwerfen, heißt sie beantworten. Die Erfüllung des Wunsches der Aufhebung solcher veralteten Einrichtungen liegt dem Volke sehr am Herzen; sie würde zur Klärung von Mißverständnissen, zur Festlegung des territorialen Verhältnisses, welches zwischen der Regierung und dem Reichstag bestehen sollte, erheblich beitragen. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Kattenborn: Der Vorfall, welchen der Interpellant erwähnt hat, hat keine Veranlassung zu besonderen Maßregeln gegeben (Unruhe links); denn es war schon vorher der Antrag gegeben worden, zu untersuchen, welche Posten als überflüssig eingestrichen werden können. Die Resultate liegen noch nicht vor; die vorliegenden Berichte liefern aber den Beweis, daß die Militärbehörden den höchsten Werth auf die Beibehaltung dieser Posten legen und die Objekte sonst für nicht sicher genug halten. Die Militärbehörden sind unausgesetzt bestrebt, die Posten zu vermindern, dazu gehört aber die Bereitwilligkeit der Zivilbehörden, dazwischen anderweitige Einrichtungen in dieser Beziehung zu treffen. Auch die bestehende Bestimmung über den Gebrauch der Schusswaffen durch die Militärposten ist einer Erörterung unterzogen worden, die beteiligten Stellen sind aber darüber einig, daß eine Modifizierung dieselbe verschlechtern würde. (Beifall links.) Es soll Abhilfe dahin geschaffen werden, daß Anordnung getroffen wird, wonach in belebten Straßen die Posten nicht mit Munition versehen werden. Ich hoffe, daß diese Erklärung den Interpellanten genügen wird.

Abg. Singer beantragt die Besprechung der Interpellation. Der Antrag lautet die erforderliche Unterstützung von fünfzig Mitgliedern.

Abg. Singer (Soz.): Ich werde mir gestatten, das Material in dieser Angelegenheit noch etwas zu erweitern. Nicht nur in Straßburg, sondern auch in anderen Städten sind Fälle des Mißbrauchs der Schusswaffen seitens der Militärposten passiert und bedeutend unglücklicher abgelaufen. In diesem Sommer ging eine Notiz aus Erfurt durch die Presse, wonach dort Offiziere mit Zivilisten in eine Schlägerei verwickelt wurden und ein Offizier der herbeigeeilten Militärpatrouille zuriel, auf die flüchtenden Zivilisten zu schießen. Nur dem Umstande, daß diese Patrouille nicht mit scharfer Munition versehen war, ist es zuzuschreiben, daß die Straßen Erfurts von einer Schießaffäre verschont blieben. Was aus der Sache geworden ist, weiß ich nicht, jedenfalls ist die Notiz ohne Widerspruch geblieben. In voriger Session gab der Fall vor der Reichsdruckerei in der Oranienstraße hier Veranlassung, die Frage zu besprechen. Damals gab der Regierungsvortragende den Bescheid, daß die Militärverwaltung keine Veranlassung habe, eine seit 55 Jahren bewährte Instruktion zu ändern. Nach dieser Verhandlung haben wir in Berlin wiederum einen Krieg im Frieden gehabt. Ende März wurde in der Wrangeistraße vor der Kaiserne des 3. Garderegiments ein Arbeiter von einem Militärposten, den er genetzt hatte, erschossen. Die Verantwortlichkeit unseres Reichstages zeigt sich noch darin, daß dieselbe Regel einen harmlos des Weges kommenden Passanten ver wundete, dem dann übrigens die Kranenklasse die Gewährung eines Krankengeldes verweigerte, weil er sich die Verwundung in einer Schlägerei zugezogen; die Empörung und Entrüstung über diesen Fall war in der Berliner Bürgererschaft außerordentlich groß, nachdem wenige Monate vorher im Reichstag es als ein kulturwidriger Zustand bezeichnet war, wenn man einen Militärposten die Entscheidung über Leben und Tod eines Mitbürgers anheimgibt. Die städtische Vertretung Berlins hat aus Anlaß dieses Falles an den Reichskanzler wiederholt das Ersuchen gerichtet, für Änderungen des bestehenden Zustandes Sorge zu tragen. So dankenswerth der heutige Bescheid des Kriegsministers ist, so sehr muß ich bedauern, daß die Berliner Stadtverwaltung darauf keine Antwort erhalten

hat. Ich will nicht hoffen, daß die verschiedene Behandlung etwa darin ihren Grund hat, daß der heutige Interpellant der nationalliberalen Partei angehört, während die Berliner Stadtvertretung in ihrer Mehrheit sich zu einer anderen Partei rechnet. Trotzdem die Berliner keine Antwort belamen, ist dennoch etwas passiert, was hier erörtert werden muß, weil es die ganze Auffassung charakterisirt, die an herrschender Stelle über diese Angelegenheit vorhanden zu sein scheint. Der Grenadier Lüd — ich will ihm keinen Vorwurf machen —, der das Unglück hatte, einen Menschen zu erschießen, ist befördert worden. In der Bevölkerung Berlins ist diese Beförderung als ein Hauptschlag ins Gesicht aufgenommen worden. (Zustimmung links.) Man war der Meinung, daß eine solche Beförderung aufgefaßt werden könnte als ein Karez, nach dieser Richtung fortzuführen. Böse Jungen haben damals behauptet, daß diese Beförderung anzusehen sei als eine Antwort auf die Ablehnung der bekannten Ententeich-Projekte. Bis heute ist denn auf den Straßen unserer Stadt ruhig weiter geschossen worden. Die Entschlieung, welche die Kriegsverwaltung jetzt getroffen hat, kommt außerordentlich spät. Man war bis zu diesem Augenblick versucht zu fragen: wie viel Verwundete und Tote sollen eigentlich noch das Blutfeld der Straße bedecken (Lachen rechts), ehe man eine Instruktion abschafft, die mit der Kultur in direktem Widerspruch steht? Ich glaube, Sie würden kaum lachen, Herr v. Frege, wenn Sie selbst oder einer Ihrer Angehörigen einer solchen verirrten Kugel begegneten. Man hat bisher im Volk geglaubt, daß diese Instruktion nicht eher aufgehoben werden würde, als bis ein General oder Prinz hingschredt sei. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Reichstag im ersten Akt seiner Thätigkeit sich mit einer Frage beschäftigten muß, bei der der Militarismus in seiner Gesamtheit klar zum Ausdruck kommt. Für ein System, in dem es bisher möglich war, die Bürger schußlos von den Augen der Militärposten zu lassen, machen Sie die ungeliebtere Vorlage, die den Reichstag in den nächsten Wochen beschäftigen soll. Ich würde mich freuen, wenn die Thatsache, daß der Reichstag sich mit dieser Frage zu beschäftigen hat, als ein recht böses Omen für die Militärvorlage sich herausstellen würde. Polizeibeamte, Gendarmen, Postbeamte haben verhältnismäßig mit einem viel widerstandsfähigeren Publikum zu thun, als gewöhnlich die Militärposten. Die Instruktion dieser Beamten steht jedoch ausdrücklich dahin, nur im Falle der Nothwehr von ihrer Waffe Gebrauch zu machen. In Oesterreich-Ungarn, welches der Reichskanzler gestern außerordentlich glorifizierte, bestehen keine derartige Bestimmungen für die Militärposten. Weshalb soll übrigens gerade der Infanterist in einer so vortheilhaften Lage sein? Dem Kavalleristen, der auch Posten steht, geben Sie ja auch keine geladene Kanone mit. (Heiterkeit.) Der Infanterist ist mit seinem Seitengewehr und dem schweren Kolben aufreißend im Stande, sich wirksam zu vertheidigen. Die Instruktion der Militärposten ist als ein Ausfluß des Militarismus anzusehen, unter dem heute in Deutschland alles zu Boden getreten wird, und es liegt kein Grund vor, auch nur eine Minute länger an dieser Instruktion festzuhalten. Ich kann mir Fälle denken, in denen Zivilbehörden eine militärische Bewachung von Gebäuden u. s. w. erwünscht ist. Aber ich sehe keinen Grund, weshalb denn die Posten außerhalb des Gebäudes stehen, es sei denn, daß es als ihre Aufgabe betrachtet wird, Souveräns zu machen, wenn ein Offizier vorübergeht. Ich kann nur an den Kriegsminister das Dringende ersuchen stellen, die Verordnung, von der er gesprochen hat, möglichst bald in Kraft treten zu lassen, damit der bisherigen Möglichkeit, die ich als einen Schmach für unsere Zeit bezeichnen muß, ein Ende gemacht wird.

Staatssekretär v. Doettiger: Ich glaube, darüber kann in diesem Hause kein Zweifel sein, daß es außerordentlich beklagenswerth ist, wenn durch den Waffengebrauch der Posten unschuldige Menschen leiden müssen. Allein der Waffengebrauch der Posten wird nicht durchweg ausgeübt werden können, und es wird, auch wenn die Posten künftig ohne Munition ausziehen, doch nicht außerhalb der Möglichkeit liegen, daß durch Stieb- oder Stiefwaffen ein Menschenleben zu Grunde gerichtet wird. Wenn ein Angriff auf ein Dynamitmagazin gemacht wird, um es in die Luft zu sprengen, wodurch ein viel größeres Unglück angerichtet würde, wird selbst der Vordränger der Posten nicht thatenlos danebenstehen lassen wollen. Es muß cum grano salis untersucht werden, wie der Gebrauch der Schusswaffen eingerichtet werden muß. Wenn nun aber der Vordränger sich beschwert hat, daß auf eine Eingabe der städtischen Behörden von Berlin noch keine Antwort ergangen ist, so kann ich ihm sagen, daß der Grund dafür darin liegt, daß die Untersuchungen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht beendet sind. Die Instruktion ist in den dreißiger Jahren ergangen und erst in neuerer Zeit ist durch die vorgekommenen Unfälle die Möglichkeit einer Revision nahegelegt worden. Durch die heutige Erklärung ist der Diskussion der Woden entzogen.

Abg. Gröber (Zent): Auf die Gefahr hin, daß auch mir dieser Vorwurf gemacht wird, muß ich sagen, daß mich dieses Entgegenkommen nicht befriedigt. Es soll Anordnung getroffen werden, daß in belebten Straßen die Posten ohne Munition ausziehen. Wenn dieser Unterschied in den Straßen gemacht wird, bleibt die Unsicherheit nach wie vor. Außerdem kann jederzeit diese Instruktion von dem Höchstkommandirenden des Landes abgeändert werden. Um die Frage, was zu geschehen habe, wenn ein Dynamitmagazin in die Luft gesprengt werden soll, handelt es sich garnicht; der Streitpunkt beschränkt sich darauf, ob der Posten auch gegen fliehende, lediglich zur Vertheidigung der Flucht von der Schusswaffe Gebrauch machen soll. Man sollte doch glauben, daß die Organe des Staates, welche berufsmäßig Delinquenten festzunehmen haben, eine weitergehende Gewalt vom Staate eingeräumt bekommen; aber thätlich ist es gerade umgekehrt. Die Schuhmacher, Landjäger, Gendarmen haben die geringere Befugnis. Selbst die Grenz-Aufsichtsbeamten haben nur unter ganz besonderen Voraussetzungen eine weitergehende Befugnis. In Oesterreich gilt ein Dienstreglement von 1873, wonach nur dann, wenn eine Gefährdung anderer nicht zu besorgen ist, an den Fliehenden gefeuert werden darf. Wir brauchen ein einheitliches, den heutigen Anforderungen entsprechendes neues Gesetz auf diesen Gebiete. (Beifall links.)

Abg. Oberst (Df.): Die Frage ist keine Parteifrage; alle Parteien des Hauses sind verpflichtet, zum Schutz ihrer nicht bewaffneten Mitglieder einzutreten; der Waffengebrauch des Militärs ist jetzt mit unseren unendlich vervollkommenen Waffen viel gefährlicher als 1837; die Durchschlagskraft unserer Geschosse ist gegen früher die fünffache. Warum eine Codifikation dieser Bestimmungen die Sache verschlechtern würde, verleihe ich nicht. Durch das Gesetz von 1837 ist der Waffengebrauch auch nur dann vorgeschrieben, wenn der thätliche Widerstand oder der thätliche Angriff nicht anders abgewehrt werden kann; die Schusswaffen sollen auch nur dann gebraucht werden, wenn die anderen Waffen unzureichend erscheinen. Alle Parteien müssen danach fordern, daß auch jetzt wieder gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, daß man sich nicht begnügt mit Instruktionen, die auf Grund dieses Gesetzes ergehen und dem wirklichen Bedürfnis nicht entsprechen. Auch in Wiesbaden und Mainz sind ähnliche Fälle vorgekommen.

Abg. Hartmann-Krause (Df.): Ich halte die in Rücksicht gestellte Aenderung für höchst bedeutsam und folgenreich. Aller-

dings ist damit dasjenige, was der Reichstag vor wenigen Monaten einstimmig verlangt hat, noch nicht erfüllt; er verlangte eine gründliche Revision der Bestimmungen über den Gebrauch der Schusswaffen. Für die Fälle, wo der Posten mit scharfer Munition aufzieht, blieb also die Vorchrift bestehen, daß der Posten auf den Fliehenden schießt und trifft. Ich schließe mich in dieser Beziehung ganz dem Kollegen Gröber an. Es steht einzig da und paßt in unsere Zeit nicht mehr hinein, daß in diesem Bereiche auf einen Fliehenden geschossen werden darf; es wird hier eben nur auf dem Wege der Gefesgebung Abhilfe zu schaffen sein. Wie es scheint, befaßt sich der Bundesrath noch mit Erwägungen in dieser Richtung. Es muß ihm also nahegelegt werden, der bezüglichen Resolution des Reichstages vom 15. Februar Folge zu geben; gerade in diesen Zeiten möchte ein Entgegenkommen des Bundesraths außerordentlich nützlich sein.

Abg. Petri: Der Begriff der belebten Stadtheile ist ein sehr klassischer. Viel freudiger hätte ich begrüßt, wenn erklärt worden wäre, daß allgemein die Posten nicht mehr mit scharfer Munition aufziehen sollen. Ich kann mich nur den Herren Gröber und Hartmann anschließen, welche den bestehenden Zustand als einen unhaltbaren darstellen. Wir hoffen nach wie vor, daß die Wünsche der Bevölkerung von der Militärverwaltung erfüllt werden. Es läßt sich da aus dem Wege der Instruktion viel erreichen. Aber die endgiltige Regelung muß in Wege der Gefesgebung erfolgen.

Damit schließt die Diskussion, der Gegenstand ist erledigt. Die allgemeinen Rechnungen über die Etatsjahre 1884/85 bis 1888/89, sowie die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen für 1891/92 werden der Rechnungscommission überwiesen. Der Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Etsal-Vorbringen wird in erster und zweiter Verathung ohne Debatte erledigt. Der Text des Gesetzes gelangt unverändert zur Annahme.

Die Rechnung der Kaffe der Oberrechnungskammer für 1889/90 geht an die Rechnungscommission.

Es folgt die erste und eventuell zweite Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragsmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Durch das Gesetz wird der Bundesrath ermächtigt, gegen Einräumung gewisser Vortheile die bis zum 1. Dezember gewährten Zollbefreiungen u. s. w. bis längstens zum 1. April 1893 den nicht meist begünstigten Staaten zuzugestehen.

Abg. v. Vietten (Z.) ist durch diese Vorlage einigermaßen überrascht worden. Der Wortlaut der Vorlage sei ganz allgemein; die Motive bezögen sich nur auf Spanien und Rumänien. In dieser Beziehung wäre zuerst Klarheit zu schaffen. Das Opfer, welches die deutsche Landwirtschaft bei den Handelsverträgen gebracht hat, lastet schwer auf ihr; man sollte deshalb nicht veräumen, bei den weiteren Verhandlungen mit den in Rede stehenden Staaten die bestehenden ordnungsmäßigen Interessenvertretungen rechtzeitig zu hören.

Staatssekretär von Marschall: Nur mit Spanien und Rumänien schweben in der Richtung der Vorlage Verhandlungen. Das Vorgehen der Reichsverwaltung ist ja ein etwas ungewöhnliches, indem sich die Angelegenheit nicht anders ordnen. Die Interessenten sollen thunlichst gehört werden. Ich kann Sie nur bitten, die Vorlage anzunehmen.

Abg. Dr. von Frege (Df.): Nach diesen Erklärungen wird sich die verlangte Vollmacht ruhig erteilen lassen. Meine politischen Freunde stoßen infolge dieser Erklärung ihre schweren Bedenken gegen die Vorlage zurück. Die Frage unserer Handelsbeziehungen mit Spanien ist so außerordentlich wichtig, weil da ganz wesentliche Interessen einer deutschen Exportindustrie zur Zeit schwer geschädigt sind und noch nicht gebessert erscheinen, einer Industrie, welche mit der Bodenindustrie ungetrenntlich ist, der deutschen Spiritusindustrie. Sie hat zu Zeiten den spanischen Markt beherrscht und ist jetzt völlig von dort verdrängt. Ramentlich Frankreich hat es geschafft verstanden, das Monopopol des deutschen Sprits dort zu untergraben, und es ist nur zu wünschen, daß es der Regierung gelingen möge, dieses Vorurtheil wieder zu beseitigen. Wir wünschen aber ferner, daß auch die Interessen der übrigen deutschen Industrien wirksamen Schutz bei den Verhandlungen finden. Was die Wirkungen der Handelsverträge betrifft, so läßt sich bis jetzt nur sagen, daß wesentliche Vortheile noch nicht zu Tage getreten sind. Rumänien anlangend stimmen wir ebenfalls der Verlängerung der Verhandlungen zu, müssen aber unsere warnende Stimme dagegen erheben, daß aus dieser Zustimmung geschlossen werden könnte, daß wir auch etwaigen Verhandlungen mit Rußland zustimmen würden. Wegen solche Verhandlungen hat sich schon der sächsische Landesparlament-Rath, eine Behörde, die gewiß von agrarischer Einseitigkeit frei ist, ausgesprochen. Es handelt sich auch nicht bloß um das Getreide, sondern auch um Ausholz und andere wichtige Produkte. Die Regierung soll diese landwirtschaftlichen Interessen nicht gering erachten. Wenn die Kohlen- und Eisenindustrie sich etwa große Erfolge von der Erleichterung des Verkehrs nach Rußland versprochen sollte, so erinnere ich daran, daß diese Hoffnungen in Bezug auf Oesterreich nicht eingetroffen sind. Durch die jetzt schon abgeschlossenen Handelsverträge entgehen uns jetzt schon 30—40 Millionen. Bei solcher ersten Lage fehlt mir jedes Verständnis dafür, wie man durch weitere Vertragsverhandlungen noch weitere sichere Einnahmen aus der Hand geben kann. (Sehr gut! Rechts.) Wir verwahren uns gegen jedes Präjudiz in dieser Beziehung.

Abg. Graf Ido Stosberg (Df.): Als Bewohner einer Grenzproving wünsche ich mit dem Nachbar politisch und wirtschaftlich gut zu stehen. Ich will aber auch einen Handelsvertrag mit Rußland nur, wenn er für uns günstig ist. Durch die jetzigen Differenzzölle wird ja unser Oden, Danzig und Königsberg schwer geschädigt; in Wirklichkeit wird diese Schädigung herbeigeführt durch die Beibehaltung des Identitätsnachweises.

Präsident v. Levetzow ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben.

Abg. Brömel (Df.): Nach dem Wortlaut der Vorlage ist die Bezugnahme auf Rußland nicht ausgeschlossen. Ueber die Wirkungen der Handelsverträge läßt sich unsoweniger bis jetzt sprechen, als seit dem 1. Februar noch nicht volle 10 Monate verlossen sind. Wenn die Herren v. Vietten und Frege gemeint haben, da doch der Reichstag versammelt sei, erübrige es, eine solche Vollmacht dem Bundesrath zu erteilen, so denken sie wohl nicht daran, daß das Schicksal dieses Reichstages wohl viel früher als erst am 1. April 1893 entschieden werden wird.

Damit schließt die erste Lesung. In zweiter Verathung wird die Vorlage ohne Debatte angenommen.

In der ersten Verathung des Gesetzentwurfs, betr. die Einführung der Einheitszeit erklärt

Abg. Abt (nat.), daß seine Freunde die Vorlage für sehr zeitgemäß halten, und daß es die höchste Zeit war, daß sie eingebracht wurde. Für die Vorprüfung derselben beantragt er die Verlesung einer Kommission von 14 Mitgliedern. Die Verlesung der Zeit um einen Betrag bis zu 36 Minuten macht eine genaue Erörterung der Verhältnisse nöthig, unter denen die Fabrikbetriebe fortan zu arbeiten haben. Ramentlich diejenigen, die bloß bei Tageslicht arbeiten. Es müßte also geze-

Die Ansammlung des Publikums auf den Fluren des Kriminalgerichts-Gebäudes hat in letzterer Zeit so zugenommen, daß der Verkehr für diejenigen Personen, welche amtlich in dem Gebäude zu thun haben, dadurch erschwert wurde. Um diesem Mißstände zu begegnen, hat der Landgerichts-Präsident eine Verfügung erlassen, wonach den Gerichtsdienern aufgegeben wird, thunlichst dafür zu sorgen, daß die Zeugen in den dazu bestimmten Räumen des Hofes harrten und daß bei den Verhandlungen unbetheiligte Personen durch Ansammlung dem Verkehr nicht hinderlich sind.

Daß die Gerichte gegen die Führer von Schlächterwagen, welche durch unvorsichtiges Fahren Unheil anrichten, mit besonderer Strenge vorgehen, hat der Kaiser Friedrich Rufsch erfahren müssen, der gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte bog am 29. August von der Friedrichstraße kommend in die Oranienburgerstraße ein; aber in einem so vorsichtswidrig schnellen Trab, daß eine betagte Frau, die den Fahrbahn überquerte, dem Fußverkehr nicht mehr rechtzeitig ausweichen vermochte. Sie wurde überfahren und erlitt erhebliche Verletzungen. Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis, der Gerichtshof erkannte aus den in früheren Fällen mehrfach angeführten Gründen auf sechs Monate Gefängnis.

Eine arge Ueberschreitung seiner Berufspflicht hat sich der Schutzmann Dauwitz, der gestern vor der Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I stand, zu Schulden kommen lassen. Das Schöffengericht hatte ihn zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt, indem es folgenden Thatbestand für erwiesen erachtet hatte. An einem Juli-Abende gegen 11 Uhr standen die Arbeiter Koppe und Link an der Ecke der Langenbeckstraße an der Grenze des Friedrichshofes. Sie beriethen darüber, ob sie in dem in der Nähe belegenen Lehmann'schen Lokale noch eine Weise trinken sollten, als sie aber in diesem Augenblicke hörten, daß die Kolläden vor dem betreffenden Lokale herabgelassen wurden, wandten sie sich zum Gehen. Plötzlich erhielt Link von hinten einen wuchtigen Schlag über den rechten Arm. Als er sich überrascht umwandte, bemerkte er, daß ein uniformirter Schutzmann mit der blanken Klinge auf ihn einschlug. Bevor Link ein Wort hervorbringen konnte, erhielt er von dem Schutzmann noch mehrere Hiebe über den Kopf, daß das Blut aus den klaffenden Wunden herunterfloß. Nun rief Koppe dem Wirthshausbesitzer zu: „Mensch, laß Dich doch nicht ohne weiteres todtschlagen!“ Link ermannte sich jetzt, er fiel dem Schutzmann in den Arm und es kam zwischen ihnen zu einem heftigen Ringen. Der Schutzmann unterlag, Link erwarb ihm die Waffe. Dann ließ man den Schutzmann aufstehen, der seine unbegreifliche Handlungsweise damit schloß, daß er davonging, den Säbel und den ihm beim Ringen entfallenen Helm in den Händen des Siegers zurücklassend. Koppe und Link begaben sich zum nächsten Polizeibureau, lieferten Helm und Säbel ab und erstatteten vor dem Vorfalle Anzeige. Link mußte sich sofort nach dem Krankenhaus begeben, die Heilung seiner Wunden hat 14 Tage in Anspruch genommen. Der Angeklagte entschuldigte sich mit Trunkenheit, und dies war vom Schöffengericht auch als mildernde in Betracht gezogen worden. Der Staatsanwalt wollte den Zustand der Trunkenheit nicht als Milderungsgrund gelten lassen, er legte Berufung ein und beantragte im gestrigen Termine eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Ein Beamter, der sich im Dienste so betrinke, daß er nicht wisse, was er thue, verdiene keine Milderungsgründe. Der Angeklagte, der ebenfalls Berufung eingelegt hatte, beantragte eine Geldstrafe. Er sei der Ansicht gewesen, daß die beiden Personen ihm entgegengetreten seien und bei dem im Friedrichshof herrschenden unsicheren Zustände habe er geglaubt, daß er angegriffen werden solle. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Friedmann, führte aus, daß der Angeklagte nicht seiner Stimme mächtig gewesen sei, der Gerichtshof schloß sich aber den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte unter Aufhebung des ersten Erkenntnisses auf zwei Monate Gefängnis.

Im Freierladen pflegen die Kunden im Vertrauen auf die Ehrlichkeit der Angekauften nicht sonderlich Acht auf ihre Waare zu geben, welche ihnen ein dienfertiger Jüngling abzunehmen und auf den Garderobenständer zu hängen für seine ehrenvolle Aufgabe hält. Daß allzu großes Vertrauen manchmal doch nicht angebracht ist, zeigte die kürzlich stattgehabte Gerichtsverhandlung gegen den Freiergeschiffen, welcher den von ihm bedienten Kunden beim Barbieren die Kravattennadeln zu fehlen verstand. Arg hat es auch der Freierlehrling Buchow getrieben, welcher wegen wiederholten Diebstahls vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen wurde. Derselbe hat zugehandelt, am 31. Juli d. J. einem Kunden seines Abends, dem er den Ueberrock abnahm, aus dem letzteren eine Brieftasche mit 200 M. Inhalt gestohlen. Es gelang ihm auch, dieses Geld in der leichtsinnigsten Weise zu verpraseln. Man hatte jedoch bei Bekanntwerden des Verlustes einen gewissen Verdacht auf den jungen Mann geworfen, und als am 1. September einem anderen Kunden eine Brieftasche mit 500 M. verschwand, da war kein Zweifel darüber, daß der Lehrling der Thäter sei. Man nahm sofort eine Verhaftung vor und er wurde gefangen, während er sich der Brieftasche bei einem Gange nach dem Kloset schelmig entledigt hatte. Der Gerichtshof verurtheilte den Dieb zu vier Monaten Gefängnis.

Guben, 22. November. In der heute stattgehabten Sitzung der Strafkammer wurde gegen den Polizeiergeanten Wilhelm Abraham aus Guben wegen Freiheitsberaubung verhandelt. Derselbe ist beschuldigt und überführt, am 29. Juli d. J. vorsätzlich, ohne hierzu berechtigt zu sein, die Verhaftung des Hausdieners August Schwarz vorgenommen zu haben. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängnis. Das Gericht nahm an, daß der Beamte im Uebermuth gehandelt habe.

Soziale Uebersicht.

Auf Grund § 11 des Preßgesetzes werden wir um Aufnahme der folgenden Berichtigungen ersucht: Ich erhalte meine Erklärung in Nr. 270 voll und ganz aufrecht, da ich stets nach Vornahme ausgeführt habe. Daß ich dem Köpfer-Monist den angegebenen Ofen mit 28,15 M. bezahlte, ist unwar; derselbe hat für einen fünfzähligen Ofen, 4 Kacheln Front, 8 und 4 Kacheln 9 Schicht hoch mit Füllung (ohne Wände) Plasterfüllung mit einem zweiten Untergeschoß und Wärmehöhre 32,50 M. erhalten, was noch 0,10 M. mehr macht, als der Tarif fordert. Der Ofen steht Webeistr. 80, portiere, Berliner Zimmer, und hätte sich der Unterzeichner des Artikels, Herr Hofmann, durch dessen Besichtigung von der Unrichtigkeit seiner Angaben überzeugen können. In dieser Angelegenheit werde ich übrigens gerichtlich gegen Herrn Hofmann vorgehen. Was die Kochmaschine mit todtaufsender Wandbekleidung betrifft, so ist auch diese Sache entfallen. Ich habe die Maschine nicht mit todtaufsender Wandbekleidung, sondern mit Wandbekleidung wie bei einer Eismaschine verlangt, habe es aber jedem frei gestellt, die Wandbekleidung auszuführen, wie er wollte, jedoch mit der Bemerkung, daß ich dem, der sie todtaufsend ausführe, 50 Pf. abziehe, sonst aber voll bezahle. Dabau war der erste, der vorzog, sie todtaufsend herzustellen; derselbe ist mit

scheidene Ueberschreitung, die nachträglich genehmigt wurde. Zuwendungen an Geschenken und Vermächtnissen sind dem Fonds, wie der Bericht mit Bedauern meldet, im Rechnungsjahre 1891/92 nicht gemacht worden. Diese Thatsache läßt sich in fast allen magistratischen Berichten über „Wohltätigkeit“ anhalten u. s. w. bereits seit mehreren Jahren feststellen. Das machen eben die schlechten Zeiten. Da muß ein kapitalbesitzender Bourgeois seinen Geld zu Rathe halten und sparen, natürlich nicht auf Kosten seines lieben Ich, sondern auf Kosten anderer.

Zu den Gewerbegerichts-Wahlen. Der Magistrat von Berlin hat bekanntlich am 20. d. M. durch Säulenanschlag bekannt gemacht, daß am Montag, den 21. November bis einschließlich Sonntag, den 4. Dezember die Eintragung aller wahlberechtigten Arbeiter in die Wählerlisten stattfindet. Die Arbeiter müssen bekanntlich ihre ausgefüllten Formulare auf die Wichtigkeit ihres Inhalts hin durch den Arbeitgeber, die Polizeibehörde oder den Bezirksvorsteher beglaubigen lassen. Die Polizei kann nun nicht gezwungen werden, die Anträge zu beglaubigen. Es befinden sich im Gesetz keine Bestimmungen, nach welchen die Polizei sowohl wie die Unternehmer angehalten werden können, die Anträge zu beglaubigen. Auf den Polizeibureau wurde den Arbeitern, die sich dorthin begaben, gestern und vorgestern einfach erwidert, daß man zu einer Beglaubigung keine Veranlassung habe, man solle sich an das Polizeipräsidium oder an den Bezirksvorsteher wenden. Auf dem Polizeipräsidium selbst wurde auf Befragen allerdings mitgeteilt, daß die Beglaubigung der Antragsformulare eine ganz private Sache sei. Im übrigen wurde alles auf den schriftlichen Weg verwiesen. Der Oberbürgermeister Jelle, an den man sich ebenfalls wandte, verwies alles an Herrn Ebert, und auch dieser verlangte, daß Gesuche in dieser Sache schriftlich eingereicht werden sollten. Bei der Langwierigkeit des schriftlichen Verfahrens können die Wahlen merkwürdig ausfallen.

In eigenartiger Weise hat ein etwa 35 Jahre alter Mann im Thiergarten sich entleert. Gestern Nachmittag um zwei Uhr fanden nämlich Parkwächter in der Nähe des Lausen-Denkmal im Thiergarten hoch oben in der Krone einer Tanne eine Leiche hängen. Ein Mann hatte den Baum erklettert und sich dort mittels seines Halstuchs an einem Ast aufgehängt. Der Leichenwärter hat dunkelblonden Schnurrbart und dunkles Haupthaar.

Unglückliche Liebe hat einen blutigen Menschen in den Tod getrieben. Gestern Abend zwischen acht und neun Uhr erschien am Schalter des Bahnhofs Friedrichstraße ein junger Mann und forderte, sichtlich erregt, eine Fahrkarte zweiter Klasse nach dem Schlesischen Bahnhof. Dann winkte er einer abseits stehenden Dame zu und stürzte die Treppe hinauf. Schnell hatte er eine unbefestete Wagenabteilung gefunden, in welcher bald, nachdem der Zug die Bahnhofshalle verlassen hatte, ein Schuß krachte. Dies war in der Nebenabteilung geschehen, und man erstattete auf dem Bahnhof Börse Anzeige. Beim Nachsehen fand man denn auch den jungen Mann in seinem Blute liegend tot vor: er hatte sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe gejagt. Es stellte sich heraus, daß der Verstorbenen ein Sohn eines in der Schützenhauser Allee wohnenden höheren Beamten ist, der als Bediensteter in einem hiesigen Handlungshause beschäftigt war, eine uneheliche Neigung gefaßt hatte und daher seinem Leben ein Ziel setzte.

Marktpreise in Berlin am 23. November, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,20—15,70 M., mittlerer von 15,60—15,20 M., geringer von 15,10—14,60 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,70—13,20 M., mittlerer von 13,40—13,20 M., geringer von 13,10—12,90 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,20—15,00 M., geringe von 14,20—14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,10—15,00 M., Landmarkt, mittl. von 15,80—14,70 M., geringer von 14,60—13,90 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,80—4,20 M. Heu per 100 Kg. von 7,80—4,80 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Spießbohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 50,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Schmalz per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—1,00 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,00—2,80 M. Fische per 1 Kg.: Karpsen von 2,40—1,20 M. Kote von 2,80—1,20 M. Jander von 2,40—0,80 M. Schote von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,20 M. Heis von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 23. d. M. Morgens wurde im Lustgarten ein Arbeiter durch einen Schlägerwagen überfahren und an Händen und Füßen so bedeutend verletzt, daß er nach dem Krankenhaus Verbanen gebracht werden mußte. — Im Thiergarten, in der Nähe der Lausen-Insel, wurde Nachmittag ein unbekannter, etwa 32 Jahre alter Mann erhängt vorgefunden. — Auf dem Bahnhof Börse wurde Abends in einem Abteil 2. Klasse eines vom Bahnhof Friedrichstraße kommenden Stadtbahnzuges ein Kaufmann mit einer Schußwunde in der Brust tot aufgefunden. Es liegt ungewissheitlich Selbstmord vor. — In der Nacht zum 24. d. M. fiel vor dem Hause Thiergartenstraße Nr. 29 ein Tropfenkutschler infolge Scheuens seines Pferdes vom Beck und wurde am Kopfe bedeutend verletzt. — Am 23. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden sechs Brände statt.

Theater.

Im Thomas-Theater gastiren gegenwärtig die „München“ unter Leitung des Hofschauspielers Hofpauer. Vor acht Tagen eröffneten sie ihr Gastspiel mit Angenrubers „Der Einfall“, gestern ging der für die Bühne zurechtgestellte Gartenlaube-Roman „Altenrauch und Edelweiß“ von Hermann Schmid in Szene. Es ist eine abgefeimte Welt, in die wir veretzt werden. Schon in der breiten Detailmalerei des Romans hatte der Redevorläufer der Parodie die Grenzen des Zulässigen überschritten, die ferngehabten, derben, lebensfrohen oberbayerischen Sitten und Mabel verwandelt sich unter seiner Feder in süßholzpfeifende, weinerlich-sentimentale „Salontöler“; in dem Bühnenschnitt verloren sie vollends ihr Blut, und für das Publikum blieb nichts als eine Reihe von Hühnerfüßchen. Ob der unvermeidliche „Schubplattler“ ein genügendes realistisches Reagenz, darf bezweifelt werden, unsere störrische Gegenwart hat dem mit Heimweh und Jodler hausenden Zirkelthum längt den Abschied gegeben und steht auch diesen schlichten Paradeskizzen des Dialekt-Virtuosendums innerlich fremd gegenüber. Nur die abgerundete, vorstreffliche, im Geist der Richtung etwas optirte Darstellung konnte vielleicht momentan darüber weglücken. Vor allen war es Frau Schöcher, die in tüchtender Einfachheit die höchste Wirkung erzielte. Neben ihr glänzte Fräulein Ester als Gai, der Schablonenhumor des Pies erscheint wie künstlich in die Szenen eingepreßt, und auch die derben Mittel Hofpauer's konnten diesen Eindruck nicht verwischen. Am natürlichsten ist die Figur der Kordl (Fräulein Laßke), wenngleich es sehr fraglich, ob oberbayerische Sennerinnen so gefühlreich, daß sie beim Abschied sich ästhetisch-zart die beiden Wangen küssen. Ein „Büffel“ hat in Alpenländern einen kräftig schmeckenden Klang und wird nur unter Beschlechtsungleichen getauscht.

Ich vorgeschrieben werden, daß in den betreffenden Bezirken die Arbeitszeit 1/2 Stunde später beginnen darf.

Abg. Baron v. Stumm-Galberg (Dp.) fürchtet von der Einführung der Einheitszeit eine unangenehme Verschlebung in der bisherigen Zeiteinteilung der Berufsstände, die nachtheilig auf Handel und Industrie zurückwirken könnten. Der Handelsrat habe sich zwar für die Einheitszeit ausgesprochen, aber aus den Kreisen des Gewerbes und der Landwirtschaft hätten sich zahlreiche Stimmen dagegen geltend gemacht. Auch Graf Nolte habe die Einheitszeit nicht so allgemein empfohlen, wie die Vorlage sie einführen wolle; er habe nur ihrer Einführung in den internen Dienst der Eisenbahnen und Telegraphen das Wort geredet. Kommissionsberatung hält er für unthunlich; die Bedenken des Abg. v. Stumm-Galberg müßten in einer Novelle zur Gewerbe-Ordnung erledigt werden.

Abg. Müller (Nl.): Die Kommission wird eben dahin gelangen, eine solche Aenderung der Gewerbe-Ordnung vorzuschlagen; ich schließe mich also dem Antrage auf Kommissionsberatung an.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Um die Handelsvertragsvorlage noch heute zum Abschluß zu bringen, wird um 5 Uhr eine neue Sitzung anberaumt.

Schluß nach 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 5 Uhr. Dritte Lesung der Vorlage wegen Verlängerung der Handelsvertrags-Verhandlungen; Anträge Kuer wegen Einlösung von Straßenzugängen.

4. Sitzung vom 24. November, 5 Uhr.

Von Bundesrathmitgliedern: v. Voeltcher, v. Marschall, v. Malchahn.

Zur Beratung steht zunächst die dritte Lesung des Gesetzesentwurfs betreffend die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutschland vertragmäßig bestehenden Zollbefreiungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht meistbegünstigten Staaten.

Die Vorlage wird ohne Debatte in ihren einzelnen Theilen und im ganzen definitiv angenommen.

Es folgt die Beratung der schlemigen Anträge der Abgg. Kuer und Genossen und des Antrages der Abgg. Horwitz und Genossen auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die Abgg. Stadthagen und Kunert, beziehungsweise Volkraß.

Ohne Debatte schließt sich das Hans der Anträgen auf Einstellung des Strafverfahrens gegen die genannten Abgeordneten für die Dauer der gegenwärtigen Tagung an.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, den 30. November, 12 Uhr. (Reichshandels-Gesetz und Anleihegesetz.)

Lokales.

Achtung, Berliner Arbeiter!

Verkaufe niemand, sich in die Listen zur Gewerbegerichts-Wahl einzutragen zu lassen. Pflicht der organisirten Arbeiter ist es, dafür zu sorgen, daß keiner ihrer Arbeitsgenossen der Wahl fern bleibt.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im „rothen Hause“ auf Gewährung freier Schulbücher an die Lehrlinge der Gemeindeschulen ist, wie bekannt, f. Z. von der freisinnigen Majorität der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt worden. Man verbarnte auf dem „Wohltätigkeits“-Standpunkte und beschränkte sich darauf, eine höhere Summe für die gedachten Zwecke auszuweisen. Je nach der Größe und „Qualität“ des betreffenden Stadtbezirks wurden bisher, wie wir einer Mitteltheilung hiesiger Blätter entnehmen, von der städtischen Schuldeputation alljährlich den einzelnen Berliner Schulkommissionen Beträge zwischen 40 und 180 M. zu gesondertem Zweck zu veranschlagenden Schulbüchern an arme Kinder bewilligt. In keinem Jahre sind die Beträge bisher ausbezahlt worden, ein Umstand, der durchaus nicht dafür spricht, daß wenig arme Kinder vorhanden waren, der vielmehr dadurch seine Erklärung findet, daß die meisten armen Familienwäter die Demüthigung scheuten, ihre Armut einzugehen und erst viele Wege zu machen, um freie Schulbücher für ihre Kinder zu erbitten und zu erlangen. Das ist nun in diesem Jahre anders geworden, denn Noth bricht bekanntlich Eisen. Wie in der dieser Tage im Rathhause abgehaltenen Schulkommissionsvorsteher-Sitzung allseitig berichtet wurde, ist in diesem Jahre der von der Stadt ausgesetzte Etat allgemein überschritten worden, und hat sich die Schuldeputation, wie verlanet, genöthigt gesehen, überall beträchtliche Zuschüsse zu gewähren, da die petitionirenden Schulkommissions-Vorsteher übereinstimmend berichteten, daß der Nothstand und die Arbeitslosigkeit sonst anständige und achtbare Arbeiterfamilien nöthige, um kostenfreie Gewährung von Schulbüchern für ihre schulpflichtigen Kinder einzulassen. — Wäre dem sozialdemokratischen Antrage Folge gegeben worden, so wäre den „sunk anständigen und achtbaren Arbeiterfamilien“ die Demüthigung erspart worden, um kostenfreie Gewährung von Schulbüchern für ihre „schulpflichtigen“ Kinder einzulassen. Zugleich ist diese traurige Thatsache ein schreiender Beweis für den vorhandenen, so beharrlich abgelehnten Nothstand unter dem Berliner Proletariate.

Schlechte Zeiten konstatirt schon wieder einmal der Berliner Magistrat, aber natürlich nicht in der Stadtverordneten-Versammlung, etwa bei der Beratung eines sozialdemokratischen Antrages zu Gunsten der Arbeitslosen oder dergleichen, sondern nur in dem Bericht der Deputation zur Verwaltung des Gesundheits- und Unterhaltungsamtes. Die Entnahmen sind gegen das Vorjahr wieder zurückgeblieben. Zum Theil ist dieser Rückgang, sagt der Bericht, „leider, wie auch schon im Vorjahre, auf die Mi. Verhältnisse an Zeitungen der Dienstboten zurückzuführen.“ Im Berichtsjahre 1891/92 sind nämlich 6293 Dienstboten mit ihren Beiträgen zum Fonds in Rest geblieben, gegen 6225 in 1890/91. „Wir sind der Ansicht“, fährt der Bericht fort, „daß dieser Rückgang der Dienstboten-Beiträge vorzugsweise eine Folge der schlechten Zeitverhältnisse ist und hoffen, daß mit der Verbesserung der gewerblichen Verhältnisse derselbe wieder verschwinden werde.“ Von den Dienstmädchen erzählt bekanntlich die bürgerliche Presse immer, daß sie in Folge des verhältnismäßig geringen Angebotes gut bezahlt werden. Danach mag man sich ausmalen, wie sehr die schlechter bezahlten Arbeiterinnen unter den amtlich konstatirten schlechten Zeitverhältnissen zu leiden haben, wenn diese sich bereits bei den zwar nicht übermäßig gut, aber doch weniger schlecht bezahlten Dienstmädchen bemerkbar machen. Der Bericht sagt weiter: Die allgemeine Vertheuerung aller Lebensmittel, welche im Berichtsjahre, besonders im Winterhalbjahre 1891/92 stattgefunden hat, ist nicht ohne Einwirkung auf unseren Fonds geblieben. Es mehren sich die Gesuche um Erhöhung der bisher gewährten laufenden Unterhaltungen in auffälliger Weise, und auch neue Unterhaltungsersuche lesen mehr als sonst ein.“ Man höre: Dem Berliner Magistrat erscheint der Nothstand bereits „auffällig“. Da die Deputation voraussetzt, daß ihre eintausendmägigen Mittel zur Deckung des Bedürfnisses nicht ausreichen würden, so wandte sie sich an die samose gemischte Deputation, welche „zur Durchführung der für den Fall eines Nothstandes beschlossenen Maßnahmen“ niedergesetzt war, und bat um einen kleinen Betrag aus der durch Stadtverordneten-Beschluß vom 19. November vorigen Jahres zur Unterhaltung von Wohltätigkeitsanstalten, Vereinen u. s. w. zur Verfügung gestellten lächerlich geringen Summe von 400 000 M. Diese Bitte wurde natürlich abgelehnt. Die Deputation mochte dann nur eine be-

dem Abzug von 50 Pf. auch einverstanden gewesen und hat seinen Kollegen empfohlen, hier die Wandbelleidung todtausend zu machen und weniger zu nehmen.

Wenn Herr Hoffmann auf die Bezugsung in der Hanskirchstraße zurückkommt, muß ich hierauf bemerken, daß ich bei Abschluß des Jahres nur einen Kontarif der Töpfer Berlin (derselbe soll aus dem Jahre 1886 stammen) in Händen halte, nach dem auch stets berechnet wurde. Auf Grund dieses Tarifs hatte ich den Preis der Oefen ohne Metallion und Kupfer mit 250 M. weniger abgeschlossen. Bei der ersten Lohnzahlung brachten die Gesellen aber einen anderen Tarif vor, nach dem sie ausgezahlt haben wollten, da nach demselben Metallion und Kupfer nicht abzugeben seien. Mir war der Tarif noch nicht bekannt und habe ich mir solchen erst von einem Gesellen für 0,10 M. gekauft. Ich konnte aber danach noch nicht auszahlen, da ich eben die Preise nach dem alten Tarif vereinbart hatte. Ich versuchte, nachträglich von dem Bauherrn noch die Differenz von 250 M. bewilligt zu bekommen, was mir aber nicht gelang, weshalb ich nur das angefangene Oefengebäude fertig gemacht und den andern Bau liegen gelassen habe, zu dessen Fertigstellung der Bauherr dann aber einen Töpfergesellen gefunden hat. Ich habe aber, trotzdem ich den Preis nicht bekommen konnte, den weiter arbeitenden Gesellen den Lohn nach dem neuen Tarif, das heißt ohne 250 M. Abzug bezahlt.

Herrn G. Habang auf seine Entgegnung etwas zu erwidern, halte ich für überflüssig.

Achtungsvoll
G. Wenzel, Töpfermstr.

Achtung, Töpfer!

Die Angabe des Herrn Hoffmann in Nr. 274 des „Vorwärts“, daß ich für den angegebenen Ofen 28,18 M. erhalten habe, muß ich für unwarhaft erklären. Ich habe vielmehr für einen fünf-eckigen Ofen 3 1/2 Radel Front, 8 und 4 Zoll Flügel, 9 Schichten hoch mit Plasterfüllung, ein zweites Untergesims und Wärmehohle (auf 4 Radel Front gearbeitet) 82,60 M. vom Herrn Töpfermeister Wenzel ausgezahlt erhalten; Herr Hoffmann hätte übrigens, um die Wahrheit zu erfahren, sich vorher bei mir in dieser Angelegenheit erkundigen können.

Was die Hochmaschinen mit todtausender Wand betrifft, so erwidere ich, daß Habang und beredet hat, die Maschinen derart zu machen. Herr Wenzel wollte die Wandbelleidungen voll gefest haben, er hat aber nach vielen Reden des Herrn Habang, die Art der Herstellung uns mit dem Bemerkten überlassen, daß, wer seine Wandbelleidungen todtausend mache, 50 Pf. weniger bekomme, als der Tarif fordere.

Hochachtungsvoll
Emil Nowitz, Wiesenstr. 10.

Herrn Habang, dem gegenüber wir übrigens unsere Angabe in jeder Beziehung aufrecht erhalten, erwidern wir noch, daß wir einer Ausklärung von seiner Seite nie bedürft haben. Paul Feder, Rudolf Jachnowski, Spinnmühlstr. 65, 2 Tr. Hermann Kreisler, Adolf Federau, Otto Kramer, Sukow Wallf. G. Zipper, Hiermit schließen wir die Diskussion.

(Redaktion des „Vorwärts“.)

Um Auszahlung des Lohnes am Freitag wurden die Unternehmern Wilhelmshaven von den dortigen Gewerkschaften ersucht. Wäre in der Sozialpolitik des Deutschen Reiches einigermaßen Sympathie, so hätte man eine diesbezügliche gesetzliche Verschärfung der Gewerbe-Ordnung einverleibt, als die Bestimmungen über die Sonntagsruhe geschaffen wurden. Es lag doch außerordentlich nahe daran zu denken, daß nach Einführung der Sonntagsruhe die Arbeiterfrauen mit den Einkäufen von Lebensmitteln etc. ihre liebe Noth haben, wenn ihre Männer erst Sonnabend Abends, wie es meist der Fall, den Lohn angezählt erhalten.

Einen Wink mit dem Janusfuß gibt der „Reichs-Kuzeitung“ den Konsumvereinen durch die Veröffentlichung folgender Notiz: „Es haben sich, namentlich in neuester Zeit, vielfach Konsumvereine und sonstige Gesellschaften gebildet, welche wesentlich den Ausschank geistiger Getränke oder den Verkauf von Branntwein im Wege des Kleinhandels an ihre Mitglieder bezwecken. Ob die preussischen Gerichte, die hierin einen Gewerbetreibenden bisher nicht erblickt haben, von ihrer Praxis abgehen und sich der Rechtsansicht des Dresdener Ober-Landesgerichts anschließen möchten, das bei eingetragenen Genossenschaften mit Rücksicht auf deren selbstständige juristische Persönlichkeit die Merkmale eines Konsumvereins als vorhanden erachtet, erscheint fraglich. Jedenfalls aber kann angenommen werden, daß in einer großen Zahl von Fällen die Form eines Konsumvereins oder einer sonstigen Gesellschaft zu den vorgedachten Zwecken nur simuliert ist und in Wahrheit ein konsumtionspflichtiger Schaumwirtschafsbetrieb oder Brauereibetrieb des Lagerhalters, Geschäftsführers, Kaffellans etc. vorliegt, dessen geschwelliges Treiben die Mitglieder häufig noch durch Beförderung eines billigen Einkaufs der Getränke in seinem Interesse oder in anderer Weise unterstützen. Da solche Beförderungsbewegungen — durch eine nur zum Schein vorgeschobene Vereinsbildung — an vielen Orten zu einer ersten Gefahr für das Volkswohl zu werden drohen, sind die Regierungspräsidenten durch Erlaß des Ministers des Innern ersucht worden, die Aufmerksamkeiten der Polizeibehörden auf solche Vereine besonders hinzulenken. Durch sorgfältige Ermittlungen ist überall der Sachverhalt möglichst aufzuklären und das gesammte Material, falls der Verdacht der Simulation sich begründen läßt, zur Strafverfolgung gegen den Lagerhalter und die etwa mitschuldigen Mitglieder der Staatsanwaltschaften zu übergeben.“

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 5. Wahlkreis hielt am 23. November im Lokal Rosenthalstr. 33 eine Versammlung ab, in der Genosse Platon über „Die Forderung des Volkes, betreffend das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht“ sprach. Der Redner beleuchtete eingehend die Schäden des Dreiklassen-Wahlrechts und zeigte, wie vor allem durch dieses System die politische Macht vollständig in die Hand der Besitzenden gelegt wird. Nach längerer Diskussion wurde eine Resolution angenommen, in der das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu allen politischen Vertretungskörpern für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts vom 20. Lebensjahre an geordert wird. Nachdem mit Annahme der Resolution der erste Punkt der Tagesordnung erledigt war, wählte die Versammlung den Genossen Barlascha zum stellvertretenden Schriftführer. Hierauf theilte der Vorstand mit, daß er das bisherige Mitglied Otto Fröhlich wegen erfolgreicher Handlungen ausgeschieden habe. Die Versammlung billigte diesen Beschluß, nachdem derselbe vom Vorstand eingehend begründet worden war.

Zu Bezirksvertrauensleuten werden darauf die Genossen Bräuner, Kohnke, Grohmann und Schmidt gewählt. Zum Schluß wurden die Genossen noch aufgefordert, ihre Einzelerklärung in die Gewerbegerichts-Wählerlisten zu bewirken. Am nächsten Sonntag findet Flugblattverteilung statt.

Die Schuhmacher nahmen in der Versammlung vom 23. November Stellung zu dem Streik, der bei der Firma Maus ausgebrochen ist. Herr A. Fleischer erhaltete den Situationsbericht. Fern Arbeiter und Arbeiterinnen der genannten mechanischen Schuhfabrik seien fortwährend, zuletzt

bis 25 pCt. Abzüge vom Akkordlohn gemacht worden, jetzt hätte nun den Bewerbern der Lohn wieder vergrößert werden sollen. Das wäre den Bewerbern zu viel gewesen. Sie hätten einige Mitarbeiter beauftragt, mit Maus zu verhandeln. Dieser habe die Betroffenen schroff zurückgewiesen und sie mit ungebührlichen Redensarten traktiert. Einer der dortig Beschäftigten wäre sofort entlassen worden. Die Folge sei gewesen, daß zunächst dessen nähere Kollegen und am anderen Tage alle bei Maus beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt hätten. Im Ganzen streikten 35 Personen, darunter drei Arbeiterinnen. Organisiert waren 28 derselben, 23 im Zentral-Verein und drei im Fisch-Dücker'schen Gewerksverein. Die übrigen neun Arbeiter und die drei Arbeiterinnen ließen sich in den Zentralverein aufnehmen. Drei der Ausständigen hätten schon anderweitig Arbeit, und einer verzichte auf Unterstützung. Es blieben nun zu unterstützen 25 Arbeiter und 3 Arbeiterinnen. Verheirathet seien 9 Arbeiter, die zusammen 10 Kinder hätten. Herr Maus habe jetzt zu seinem und der Streikbrecher Schuh die Polizei angerufen, die sich ihm auch zur Verfügung gestellt habe. In der lechastesten Diskussion nahmen die Herren Gersch, Mademann, Krause, Vättnar, Krdel, Benz, Hildebrandt, Pult, Koch, Morbach, Dittmar, Kapes, Krämer, Quandt und Lange theil. Alle Redner waren einig in der Beurtheilung des Maus'schen Vorgehens und sprachen sich dahin aus, daß der Streik gerechtfertigt sei. Es würden eine Menge von Einzelheiten über die Verhandlung zu Tage gefördert, welche die Arbeiter vom Coos zu erleiden hatten. Vielfach gab man an den unethischen Verhältnissen, die in der Fabrik eingerissen waren, dem Werksführer Schuh, dessen Entlassung als eine der Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit gefordert wird. Pult, Fleischer, Morbach u. a. erklärten, daß alles gethan worden sei, um den Streik zu vermeiden, das Auftreten des Herrn Maus habe aber keine andere Wahl gelassen. Unter diesen Umständen fühle man sich der Unterstützung durch Arbeiter anderer Veru's sicher. Leichtsinzig sei man auf keinen Fall vorgegangen. Im Laufe der Debatte wurden einige sehr unglückliche Aeußerungen des Herrn Maus vorgebracht. Endlich fasste man folgende Beschlüsse:

„In Erwägung, daß die Arbeitsniederlegung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der mechanischen Schuhfabrik Maus, Damiensstr. 189, eine gerechte ist; in weiterer Erwägung, daß der Lohnabzug ein ungerechter ist und daß die Maßnahmen des Herrn Maus mehrfach gegen das Gesetz verstoßen, erklärt sich die Versammlung mit dem Streikenden solidarisch und verpflichtet sich, dieselben moralisch und finanziell zu unterstützen.“

Die Versammlung beschließt, die Sperrung über die Fabrik zu verhängen. Mit der Führung des Streiks wird die Agitationskommission beauftragt, welche die bisher notwendigen Schritte gethan hat. Die Versammlung wünscht, daß mit allen gesetzlichen Mitteln auf eine günstige Beendigung des Streiks hingearbeitet wird. Der Delegirte zur Streik-Kontroll-Kommission wurde außerdem beauftragt, der Streik-Kontroll-Kommission anheim zu stellen, ob nicht der Boykott über alle Geschäfte zu verhängen sei, welche ihre Waare von Maus beziehen.

Die Monatsversammlung des Verbandes der Porzellanmaler und verwandten Berufs-gesellschaften fand am 19. November statt. Bei Eröffnung derselben ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Kollegen Theodor Brige durch Erheben von den Plätzen. In Punkt 1 „Geschäftliches“ verlas der Kassirer hierauf die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme betrug danach einschließlich des Kassendebittos vom 2. Quartal 295 M. 38 Pf., die Ausgabe 100 M. 20 Pf.; es blieb mithin ein Bestand von 195 M. 18 Pf., wovon an die Hauptkasse 100 M. gefendet worden sind. Nach Aufnahme einiger Kollegen wurden einstimmig die vom Zentralvorstand im „Fragekasten“ veröffentlichten Punkte betr. Verschmelzung mit dem Porzellan-Arbeiter-Verband angenommen. Hierauf gab Kollege Springer als Vertreter in der Streik-Kontroll-Kommission bekannt, daß die Kosten der Gewerbegerichts-Wahlen von den Gewerkschaften aufgebracht werden müßten. Die Versammlung bewilligte hierzu 5 M. aus dem Unterstützungsfonds. Zum Schluß wurden diejenigen, welche vom Stiftungsfest noch nicht abgerechnet haben, aufgefordert, dieses bald zu thun.

In einer starkbesuchten Versammlung der in der Blumen-, Fuhdfern- und Verlebranche beschäftigten Arbeiter hielt Dr. Pinn kürzlich einen beifällig aufgenommenen und lebhaft diskutierten Vortrag über die Religionen des Alterthums.

Die in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter hatten am Sonntag in der Brauerei zu Stralau eine Versammlung, in der Stabernack über die Ursachen der Krisen sprach. In der Diskussion gelangte die Versammlung zu dem Resultat, daß nur eine tüchtige Organisation der Arbeiter einigermaßen im Stande sei, das aus den Krisen entspringende Uebel zu mildern. Der Delegirte der Streik-Kontroll-Kommission wies noch auf die in Aussicht genommene Arbeitslosenstatistik hin; hierauf fand ein Antrag Annahme, nach 12 Uhr eine Leserversammlung zu veranstalten, da der Amtsvorsteher von Stralau die Vornahme einer solchen bis 12 Uhr Nachts verboten hatte.

In Niddorf wählten die Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter in der Versammlung vom 20. November den Kollegen Karl Otto zum 2. Kassirer.

Vermisches.

Soldaten-Selbstmorde. Stralburg, 22. November. In neuester Zeit sind in der hiesigen Garnison wiederholt Selbstmorde vorgekommen. Vor ungefähr 10 Tagen erhängte sich ein Soldat des Infanterie-Regiments Nr. 133. Kurz Zeit darauf machte ein Soldat des Infanterie-Regiments Nr. 126 seinen Leben ein Ende, indem er sich vom 8. Stockwerk der Kaserne herabließ. In der Nacht von Freitag auf Sonnabend wurde ein Soldat der 8. Kompagnie des Trainbataillons in seinem Zimmer mit durchschnittenem Halse aufgefunden. In sämmtlichen drei Fällen handelt es sich um Selbstmorde.

Kadett. Budapest, 17. November. Die Ungarn gleichen in so vielen Dingen den Franzosen. Nur haben sie auch einen Gerichtshof, welcher den Grundhuf T u o - l e zu Ehren bringt. Der Berliner Landmann Julius Nagy jr. lebte mit seiner Frau in Unfrieden, weil diese mit einem jungen Burschen Namens Puskas ein Liebesverhältniß unterhielt. Eines Abends ertappt der Beglittene den Puskas unter dem Bett seiner Frau und erdroßelte ihn — ein Fall von Cavalleria rusticana. Nagy wird angeklagt, aber der Gerichtshof spricht ihn frei.

Deutschland in Griechenland. Ueber das Jubiläum einer deutschen Stadt in Griechenland schreibt das „Neue Wiener Tageblatt“: Die Bewohner der Stadt Geraklion im Bezirke von Athen, welche Stadt von den unter König Otto nach Griechenland eingewanderten Bayern und sonstigen Deutschen gegründet wurde, hat in der vergangenen Woche ihr fünfzigjähriges Jubiläum feierlich begangen. Die Feier dürfte allerdings einen etwas neu-griechischen Anstrich gehabt haben, denn das Deutschland Geraklions ist derzeit nicht mehr so ganz waschecht, wenn auch die Entstehung der Stadt und die rein bairische Abstammung der Bevölkerung keinem Zweifel unterliegen kann. Das heroorragendste Merkmal ihrer Stammesangehörigkeit, die deutsche Sprache, haben die Leute verloren, auch ihre Namen haben sie, soweit es ging, der neuen Umgebung angepaßt. Mit den Hausnamen

ging das zwar nicht, aber die Taufnamen entlehnte man um so gewissermaßen dem griechischen Namensschatze. So findet man in Geraklion die Familie der Großhändler durch einen Altbiabes, einen Perikles und zwei Agathone vertreten, die Familie Scheithofer zählt einen Agamemnon, eine Zygigene und eine Phädra unter ihren Mitgliedern und so geht es fort unter den Orubens und Hiesers und all den anderen braven Bewohnern von Geraklion. Und was die Umgangssprache betrifft, so erzählt uns ein deutscher Gelegenheitsreisender darüber Folgendes: Ich besuchte die Stadt Geraklion und erpöfte mir hier einen echt deutschen warmen Empfang. Wißt ihr doch nicht nur, daß die männliche Bevölkerung aus Nachkommen der von Otto I. in Griechenland zurückgelassenen Soldaten bestand, sondern auch, daß diese Soldaten direkt aus Bayern bezogene Mädchen geheirathet und die Einwohnerschaft sich seitdem von einer Vermischung des griechischen Elements freigehalten hatte. Aber ich war bald nicht eben angenehm enttäuscht, denn schon die Firmenschilder der Geschäftsleute trugen durchweg neu-griechische Aufschriften, in den Gasthäusern trank man statt des bairischen Bieres ausschließlich den auf die Dauer unausweichlichen maßigeren Rother Wein aus der Korinthier Gegend, und die Leute verhielten sich absolut kein Deutsch, oder wollten es nicht verstehen. Es lich traf ich denn doch ein paar ältere Leute, mit denen ich mich in unserer gemeinsamen Muttersprache verständigen konnte, a er auch ihnen schlug immer wieder der Hellenismus in den Nacken; schließlich wies ich an den Schulmeister, als den einzigen, der noch vollständig des Deutschen mächtig sei. Ein junger blondhaarig v und blaueugiger Menekaus geleitete mich zum Schulhaus, wo der Herr Registrar mich in der That mit einem v erächtlich deutschen Willkommen begrüßte. Aber was stellte sich v herend unseres Gesprächs heraus? Der Schulmeister, der einzig e Mann, der in der deutschen Stadt Geraklion noch deutsch sprach, war ein — Grieche.

Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)
Potsdam, 24. November. Zwischen Zwenkau und Jeschütz wurde heute morgen eine Handkofferin ermordet aufgefunden. Von dem Mörder hat man bis jetzt keine Spur.

(Walff's Telegraphen-Bureau.)
Homburg v. d. G., 24. November. Der frühere Polizeipräsident von Berlin, von Madai ist in vergangener Nacht hier gestorben.

Paris, 24. November. Der Senat hat heute gleichfalls einstimmig beschlossen, dem Expeditionskorps in Dahomeh seine Glückwünsche darzubringen.

Paris, 24. November. Die Panamakommission wählte Brisson zum Präsidenten; man glaubt, daß die Kommission ihre Arbeiten in Wirklichkeit nicht beginnen werde, bevor die Kammer die Frage über den Umfang der Vollmachten der Kommission beraten habe. Deroulede hat seine Entlassung als Mitglied der Panama-Kommission genommen; ein Nachfolger soll am Montag ernannt werden.

Der Deputirte Proust richtete an den Präsidenten der Kommission ein Schreiben, in welchem er die Anschulldigung des Journalisten „Libre Parole“, daß er in der Panama-Angelegenheit 50 000 Frks. erhalten habe, als eine Verleumdung zurückweist und um die sofortige Einleitung einer bezüglichen Untersuchung bittet.

Paris, 24. November. (Deputirtenkammer.) Der Marineminister theilte die Nachricht von der Einnahme Abomehs mit und bezeichnete dieselbe als einen entscheidenden Schlag, welcher das grausame Königreich Offo, das auf der Sklaverei und auf Menschenopfern begründet sei. (Abhasser Verfall.) Der Minister legte sodann den Gesetzentwurf vor betreffend die Ausprägung einer Erinnerungsmedaille an die Expedition nach Dahomeh.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Die Kammer begann hierauf die Beratung des Gesetzentwurfs über die Getränkesteuer.

Rom, 24. November. Die Deputirtenkammer wählte Zanardelli zum Präsidenten. Die Mitglieder der Opposition hatten leere Stimmzettel abgegeben. Vom Centrum und der Linken wurde die Wahl sehr beifällig aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

- G. R., Auklamerstraße. Ohne Zeugen können wir der Sache nicht näher treten.
- M. J. 500. Wir bitten darum, daß die betreffende Dame uns besucht, denn ohne persönliche Rücksprache läßt sich die Angelegenheit nicht erledigen.
- Nr. 10, Moabit. Wenn Sie in der Mühlhäuser Lotterie spielen, so bekümmern Sie sich gefälligst selbst um Ihre Nummern.
- C. E., Pankow. Ueber derartige Angelegenheiten können wir Ihnen keine Auskunft ertheilen.
- C. P. 100. Gewiß enthält das Wort „Fahle“ eine Verleumdung.
- H. V., Gartenstraße. Wissen wir nicht.
- G. A. Eine Verabredung, daß nicht lediglich wegen politischer Betätigung auf Ausschließung erkannt werden könne, würde mit der Wahrheit in Widerspruch stehen. Anträge auf Ausschließung wurden seit dem Jahre 1887 gegen S. wiederholt, ohne den beabsichtigten Erfolg; aus Anlaß von Vertheidigungen in politischen Prozessen gestellt — stets nicht wegen irgend welcher pekuniärer Unzuträglichkeiten. Nach der letzten Anklage, deren genaues Wortlaut Sie in „Vorwärts“ finden, wurde dem S. eine fernere Anklage (wegen einer Behauptung b e r e c h n u n g) gestellt. Selbstverständlich legt auch hier nichts Ehrenrühriges vor. Ein genauer Thatsachenstand ist vor Eingang des Urtheils und vor Veröffentlichung des gesammten Materials nicht möglich.
- J. M., Karlsruhe. Die Sache ist dadurch erledigt, daß die Forderung befähigt ist.
- Zwei Streikende. Es hängt vom Willen des Kompagniechefs ab, ob der Rekrut bereits zu Weihnachten Urlaub erhält. Wahrscheinlich ist es nicht.
- Die rothen Putzner. Wir bedauern, Ihnen keine Auskunft ertheilen zu können. Soldaten werden ja gewöhnlich als Statisten verwendet.
- S. S. C. Eine Aemter-Eintheilung erhalten Sie in jeder Buchhandlung.
- Vellermannstr. 93. Im Jahre 1888.
- T., Nannysstraße. Daß die Berichte, welche die bürgerliche und namentlich die verlogene antisemitische Presse über den sozialdemokratischen Parteitag veröffentlichte, nicht der Wahrheit entsprechen, ist schon mehrfach erwähnt worden.
- H. A., Freiberg. Die Einsetzung der Zeitungszimmer, in welcher über die Gerichtsverhandlung berichtet wurde, ist nöthig.
- Lidya Mischenheim. Die Kürzung der Versammlungsberichte ist eine Pflicht, die uns selbst sehr unangenehm, die wir aber vornehmen müssen, wenn uns nicht die Kommenten in Scharen vorzukäufen sollen. Natürlich hält jeder Schriftführer die Kürzung seines Berichts für nicht am Plage. Die Entscheidung darüber müssen Sie uns daher schon selbst überlassen.

Briefkasten der Expedition.

Stala in Verda. Ihr Abonnement ist bis 23. Dezember beglichen.

24 Verkäufer.

Elektrische Beleuchtung.

„Zum Prophet“

Welthaus für fertige Herren- u. Knaben-Garderobe.

Bis zum Schlusse dieses Jahres

haben wir bei einer Konventionalstrafe von 75 000 Mark laut uns zugegangener Aufstellung noch für ca.

eine halbe Million Mark

fertiger Herren- und Knaben-Garderoben,

von den mit uns die Vereinigung bildenden Fabrikanten abzunehmen und umzusetzen.

Wir sind daher in die Lage versetzt, entweder obige Konventionalstrafe zu zahlen oder den garantirten Umsatz zu erzielen; daher haben wir es vorgezogen,

qu. 75 000 Mark

dem bei uns tausenden Publikum zu Gute kommen zu lassen und dementsprechend die Preise für unsere Waaren herabgesetzt, so daß sowohl die Händler mit Kleidungsstücken, sowie Privatleute, wenn sie ihren Bedarf an

fertigen Herren- und Knaben-Garderoben

jetzt bei uns decken, Geld in Massen verdienen resp. ersparen.

So etwas war noch nicht da!

Wir müssen großen Umsatz erzielen. Kein Geschäft, ob noch so groß, ist im Stande, es anderswo so einzukaufen, wie wir unsere

fertigen Herren- und Knaben-Garderoben

en détail, d. h. im Einzelverkauf abgeben.

Von heute ab offeriren wir in einer Vielfältigkeit, Masse und Auswahl, wie es bisher noch keinem Publikum geboten worden ist:

Abtheilung I.
Winterpaletots.

Double mit Tuchfutter	sonst M. 20 b. u. v. 8 M. an.
I. Double m. Samafutter	24 " 12 " "
Diagonal m. gestr. Serge	26 " 13 " "
Velour mit Clotzfutter	28 " 14 " "
Tüffel mit Steppfutter	30 " 16 " "
Reine mit Atlas	32 " 16 " "
Floconné mit Janelle	30 " 16 " "
Frise mit Tuch	45 " 23 " "
Montognac mit Seidenf.	50 " 30 " "
Ramngarn mit do.	50 " 32 " "
Prince of Wales Winterpaletots exquisit	50 " 45 " "

Abtheilung II.

Reise-Mäntel	sonst M. 24 b. u. v. 12 M. an.
Kaiser-Paletots	20 " 10 " "
Paletots, Fac. Prince Reg.	36 " 20 " "
Wäfer	25 " 15 " "
Wäfer m. halber Pelarine	32 " 20 " "
Wäfer m. ganzer Pelarine	40 " 27 " "
Kaiser-Mäntel	20 " 12 " "
Kaiser-Mäntel I.	28 " 18 " "
Sechszollern-Mäntel	50 " 27 " "
Kutschier-Mäntel, elegant	sonst 65 M., bei uns 25 M.

Abtheilung III.
Complete Anzüge in

blau Cheviot	sonst M. 24 b. u. v. 8 M. an.
Büfelin	22 " 9 " "
Crimmischauer	28 " 14 " "
Diagonal	32 " 18 " "
Sportfagon	34 " 17 " "
für die Reise	28 " 15 " "
Velour	36 " 20 " "
Satin	42 " 20 " "
Ramngarn	34 " 19 " "
do. rago	42 " 26 " "
Gehrockfagon	50 " 30 " "
do. hochfein	64 " 36 " "

Abtheilung IV.
Hosen — Hosen und Westen

Tuch	sonst M. 7 b. u. v. 8 M. an
Winterbukskin	12 " 5 " "
schwarzem Tuch	14 " 6 1/2 " "
Ramngarn	15 " 8 " "
D. u. W. i. gedieg. Stoff.	15 " 8 1/2 " "
D. u. W. hochfein	24 " 14 " "
Nouveauté Hosen, das Elegante der Saison, von 6 1/2 M. an.	

Abtheilung V.

Herbst-Paletots	sonst M. 21 b. u. v. 8 1/2 M. an
Herbst-Paletot, schwer	28 " 18 " "
Herbst-Paletot, extra	36 " 20 " "
Juppen fürs Haus	10 " 6 " "
Voden-Juppen	12 " 7 " "
Gebirgs- u. Jagd-Juppen	17 " 11 " "
Interims-Juppen	22 " 15 " "
Spezialität in Juppen besseren Genres.	

Abtheilung VI.

Schlafroße in Double	sonst M. 18 b. u. v. 7 M. an
Satin	20 " 9 " "
Schlafroße Velour	22 " 10 1/2 " "
Schlafroße Double Face	26 " 15 " "
Schlafroße Frise Mont.	30 " 20 " "
Schlafroße Floconné	34 " 21 " "
Schlafroße m. Steppfutter	36 " 22 " "
Schlafroße, Türkisch	45 " 29 " "

Abtheilung VII.

Westen, einzelne	sonst M. 6 b. u. v. 1 1/2 M. an
Schwarze Tuchwesten	7 1/2 " 3 " "
Weisse Westen	6 " 2 " "
Hochelegante Westen	12 " 4 " "

Abtheilung VIII.

Ia. Knaben-Anzüge	sonst M. 4.— b. u. v. 2 M. an
in Büfelin	5.— " 2 1/2 " "
in Cheviot	5.50 " 3 " "
in Satin	6.— " 3 1/2 " "
in Diagonal	7.— " 4 " "
in Nouveaut.	10.— " 5 " "

Haute Nouveauté-Anzüge, wie solche nur Spezial-Geschäfte führen.

Ib. Burschen-Anzüge, sonst M. 9 b. u. v. 5 M. an	
in Büfelin	6 1/2 " 5 1/2 " "
in Cheviot	10 " 5 1/4 " "
in Satin	12 " 6 " "
in Diagonal	13 " 7 " "
hochfein	18 " 8 " "

Ic. Jünglings-Anzüge, sonst M. 15 b. u. v. 7 M. an

in Büfelin	18 " 8 " "
Cheviot	19 " 8 " "
Diagonal	20 " 11 " "
Ramngarn	24 " 14 " "
hochelegante	30 " 18 " "

Iia. Knaben-Palet., sonst 6 1/2 M., b. u. v. 2 1/2 M. an

Knaben-Palet. mit Büfelin	9 " 6 " "
Knaben-Palet. mit Pelarine	11 " 7 " "
Knaben-Schwaloffs	12 " 8 " "
Knaben-Reise-Mäntel	8 " 3 " "
Knaben-Kaiser-Mäntel	5 " 2 1/2 " "

Haute Nouveautés-Paletots zu jedem Preise.

Iib. Bursch. Pal., Dr. Fac. sonst 12 M., b. u. v. 5 M. an	
Bursch. Schw. m. Pel.	14 " 7 " "
Bursch. Menschloffs	15 " 9 " "
Bursch. Kaiser-Mit.	10 " 4 1/2 " "

Iic. Jünglings-Paletots

Jügl. Schw. m. Pel.	18 " 11 " "
Jügl. Menschloffs	19 " 12 " "
Jüglings-Wäfer	14 " 8 " "
Jügl. Kaiser-Mit.	12 " 7 1/2 " "
Jügl. Hohenz. Mit.	28 " 20 " "

Niemand braucht heute mehr schäbig gekleidet zu gehen, denn für wenige Mark kann er bei uns sein Aeußeres in einen eleganten Menschen verwandeln. Niemand braucht heute mehr alte getragene Sachen zu kaufen, in denen er sich den Keim einer ansteckenden Krankheit holen kann, da er bei uns für dasselbe Geld frische neue Kleidungsstücke kaufen kann. Niemand, selbst der Armen Arbeiter, braucht heute Kleidungsstücke für sich oder seine Familie auf Abzahlung zu kaufen, denn für den Preis, den er wo anders nur als Anzahlung zu leisten hat, kann er sich bei uns schon seinen Bedarf decken. Wir bemerken zum Schluß, daß es im Interesse eines Jeden liegt, seinen jetzigen und seinen voraussichtlichen Bedarf jetzt bei uns zu decken, da sich eine solche Gelegenheit, derartig gute Waaren zu solchen Preisen einzukaufen zu können, so schnell nicht wieder bieten dürfte. Jeder besitze sich mit seinem Einkauf, damit er aus den einige hunderttausende von Mark noch antreffenden Waarenbeständen das, was seinem Geschmack entspricht, findet.

„Zum Prophet“

1. Etage,

Am Dönhofsplatz,

1. Etage,

Ecke Leipziger- und Kommandantenstraße.

Verfand nach Auswärts gegen Nachnahme.

Keine Sträflingsarbeit.

Nur Schneiderarbeit.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

8. Sitzung vom 24. November, 11 Uhr.

Am Ministertische: Graf zu Eulenburg, Miquel und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Entwurfs einer Ergänzungsteuer.

Abg. Humann (Z.) spricht sich gegen die Vorlage aus, weil dieselbe die Entlastung, welche die Grund- und Hausbesitzer erhalten sollen, wieder beseitigt.

Abg. Höppler (L.): Ich will nur kurz den Standpunkt der Mehrheit der konservativen Partei darlegen, welche für die Vorlage ist. Herr v. Huene hat bemängelt, daß die Vermögenssteuer eigentlich nur gebraucht werde, um gewisse extrajuristische Objekte zu belegen, die man in der Einkommensteuer nicht fassen könne. Es handelt sich dabei nicht bloß um Spekulationsobjekte, sondern um die Vermögen reicher Leute, denen man ein oder zwei Jahre lang kein Einkommen nachweisen kann, die aber doch nicht steuerfrei gelassen werden können. Die Vermögenssteuer dient dazu, dem Staate reichlich das zurückzugeben, was er aufgiebt an Einnahmen, und außerdem soll dadurch das fundierte Einkommen gesteuert werden.

Abg. Böttlinger (all.): Die Einkommensteuer ist so hoch, daß man sich wohl überlegen muß, ob eine neue Steuer überhaupt eingeführt werden muß, oder ob nicht vielmehr die Ueberwälzung der Einkommensteuer zunächst zur Deckung des Ausfalls herangezogen werden können, den der Staat durch Verzicht auf die Realsteuer erleidet. Ich bin der Meinung, daß diese Ueberwälzung bis zum Ende dieses Jahrhunderts dazu vollständig ausreichen, namentlich wenn man die von Huene etwas höher in Rechnung bringt, als die Staatsregierung es gethan hat. Die Einführung der Vermögenssteuer würde den Zugang unabhängiger Kapitalisten nach Preußen verhindern und den Abzug solcher Personen aus Preußen befördern. Wenn ein Betrag notwendig ist zur Deckung des Ausfalls für den Staat, so bieten sich außer der Vermögenssteuer zwei Wege: die Heranziehung des Vermögens innerhalb der Einkommensteuer und die Erbschaftsteuer. Die Vermögenssteuer würde nicht nur die Großkapitalisten und Großindustriellen treffen, sondern vornehmlich die kleineren Industriellen, für welche die Vermögenssteuer bei schlechtem Verdienst eine sehr drückende Belastung sein würde.

Abg. Brömel (Hr.): Das Haus hat allerdings eine Entlastung des reinen Arbeitseinkommens gewünscht, aber andererseits die Vorlage dies versucht. Wir dachten daran, daß das Arbeitseinkommen entlastet werden soll, nicht daran, daß dem Renteneinkommen eine neue Last aufgebürdet werden soll. Ich bin an sich kein Gegner der Vermögenssteuer, das hängt von den Bedürfnissen des Staates ab, aber ich halte es für besser, das fundierte Einkommen innerhalb der Einkommensteuer heranzuziehen. Deshalb verwerfe ich auch die Erbschaftsteuer. Ein sehr erheblicher Fehler der Vermögenssteuer ist das Fehlen einer Degression der Steuerhöhe, welches dazu führt, daß die Kleinvermögen mehr Steuer zahlen, als die größeren. Für 1000 M. Einkommen aus einem Vermögen von 25 000 M. würden 12 M. Vermögenssteuer, aber nur 6 M. Einkommensteuer zu zahlen sein. Bei 2000 M. Einkommen würden 24 M. Vermögenssteuer und 31 M. Einkommensteuer bezahlt werden und bei 10 000 M. Einnahmen aus Vermögensobjekten würde die Einkommensteuer 900 M. und die Vermögenssteuer 120 M. betragen. Also gerade die kleinsten Vermögen müssen am meisten zahlen im Verhältnis zu ihrer Einkommensteuer. Darum wird denn immer das Kapital belastet? Im vorigen Jahre wurde die Einkommensteuer in den höchsten Klassen bis auf 4 pCt. erhöht, weil das Kapital das Vertrauen löste, jetzt will man wieder das Kapital treffen. Der Staat soll den Schwachen helfen. Er sollte das aber lieber auf anderem Gebiete thun, als dem Steuergebiete; die Rechtspflege ist so langsam und so kostspielig, daß die Armen garnicht mehr Recht suchen können. Die Berufung sollte zur Sicherung des Rechts wieder eingeführt werden. Die wirtschaftliche Kraft eines Landes beruht zu Theil mit auf den großen Vermögen, aber diese müssen verschwinden, wenn sie immerfort beeinträchtigt werden durch alle möglichen Steuern; durch die Gewerbesteuer, die Doppelbesteuerung der Aktiengesellschaften, welche namentlich auch die Bergwerks-Aktiengesellschaften neben der Bergwerksabgabe erheblich belasten, und jetzt durch die Vermögenssteuer.

Weheimer Oberfinanzrath Wassach widerspricht dem Vorwurfe, daß die Steuerreform-Vorlagen wieder eine neue Belastung einführen; wenn der Vorredner eine Entlastung der Bergwerks-Aktiengesellschaften wünscht, dann sollte er doch wenigstens für die Aufhebung der Bergwerksabgabe stimmen. Weheimer weist es zurück, daß man das Vermögen bei der Einkommensteuer treffen könne; das würde immer dahin führen, daß man das Einkommen als fundiertes trifft, was man eigentlich nicht treffen will. Die großen Vermögen verzinsen sich meist mit einem niedrigeren Zinsfuß als die kleineren und darin liegt trotz des gleichen Steuersatzes eine gewisse Degression.

Finanzminister Miquel: Herr Brömel sprach von den Kulturaufgaben des Staates; der Staat solle erst die Kulturaufgaben erfüllen, die ihm in erster Linie jugelheilt sind. Damit kann ich vollständig einverstanden sein. Ich weiß aber nicht, was der Redner eigentlich will. Er spricht von einer immerwährenden Mehrbelastung. Diese Belastung dient zur Erfüllung der Aufgaben des Staates. Wird denn in Preußen ohne Noth eine so hohe Steuer erhoben? Wer die Finanzen Preußens kennt, den frage ich auf das Gewissen, ob er nicht die Behauptung anerkennen muß, daß unsere Finanzen weit mehr auf unsichere Betriebs-einnahmen gestellt sind, als berechtigt ist, so daß man nicht behaupten kann, es wird zu viel an Steuern aufgebracht. Wenn jetzt eine Vorlage vorliegt, welche darauf verzichtet, die Steuerlast zu steigern, die nichts weiter fordert, als was der Staat weggibt, dann kann man nicht behaupten, daß hier der fiskalische Standpunkt in den Vordergrund geschoben wird. Wenn vorher der Vorschlag gemacht wurde, der Staat solle auf 25 Millionen Mark (einer Einnahmen verzichten und ein Kapital von 150 Millionen Mark aufsetzen und dann nach einigen Jahren vis-a-vis zu rian stehen, so brauche ich auf solche Zumuthung wohl gar nicht zu antworten (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Die Unterscheidung zwischen fundiertem und unfundiertem Einkommen soll willkürlich sein. Das mag richtig sein, aber wenn das fundierte Einkommen in der Einkommensteuer getroffen werden soll, dann müssen ebenso willkürliche Regeln aufgestellt werden. Wenn man Zuschläge zur Einkommensteuer erhebt, dann kommt man dazu, die kleinen Vermögen viel stärker zu belasten, als in der Vermögenssteuer. Denn der kleine Gewerbetreibende, der kleine Bauer, zeigt in seiner Deklaration ein gemischtes Einkommen, aber der größte Theil desselben ist Arbeitseinkommen. Die Vermögenssteuer ist, wie jede neue Steuer, vielen Menschen unangenehm, um so mehr, als wir sie einführen müssen unmittelbar nach der ersten Veranlagung der Einkommensteuer, welche eine gewisse Bestimmung hervorgerufen hat. Auf die Dauer wird diese Bestimmung aber nicht ausschlaggebend sein, auf die Dauer wird die Gerechtigkeit ausschlaggebend bleiben. Ich bin daher überzeugt, daß die vorgeschlagene Steuer auf die Dauer die öffentliche Meinung für sich gewinnen wird.

Abg. von Cynern (all.): Die Frage geht allgemein dahin, daß in Preußen zu hohe direkte Steuern gezahlt werden. In Westeuropa bezahlt man zusammen etwa 14 pCt. des deklarierten Einkommens an Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuern und das neue Gemeindeabgabengesetz wird daran nichts ändern. Die wohlhabenden Leute ziehen aus den kleinen Gemeinden nach den großen Städten, so daß die kleinen Gemeinden von der Reform nicht viel haben werden. Die Vermögenssteuer ist fast von allen Parteien bekämpft worden. Die Ortsvorstände sollen das Vermögen einschätzen nach den vier Besitzkategorien. Die Einschätzung geht an den Schätzungsausschuß, der Erkundigungen einsehen kann; dann geht die Sache an die Veranlagungskommission. Die Einschätzungsgrundzüge sind schwer zu befolgen. Was ist der Verkaufswert eines Grundstücks? Warum sollen Wertpapiere nach dem Börsenkurse berechnet werden? Wenn Zweifel entstehen, soll ein Verzeichnis der einzelnen Vermögensstücke dem Vorsitzenden der Einschätzungskommission vorgelegt werden. Das ist beinahe noch mehr, als in den Klagen sehen. Solche Vorschriften sind der Reue nicht bloß für den kleinen, sondern auch für den wohlhabenden Gewerbetreibenden. Wenn aber alles das geschieht, kann die Kommission doch noch nach Belieben einschätzen und der Vorsitzende kann doch noch an die Berufungskommission und an das Oberverwaltungsgericht appelliren. Den Vorstehenden laßt solche Berufung nichts, der Steuerzahler muß aber bei Reklamationen die Kosten zahlen, wenn er in „wesentlichen Punkten“ falsche Angaben gemacht hat. Was heißt hier „wesentlich“? Kann das nicht gegen politische Gegner aufgebeutet werden, sodaß dieselben nicht zur Ruhe kommen, daß ihnen sogar ein stittlicher Makel angeheftet wird? Wer die Deklaration verweigert, soll 25 pCt. Strafgeld bezahlen, d. h. der Mann mit 2000 M. Vermögen soll 5 M., der Mann mit 20 000 M. Vermögen soll 10 M., der Mann mit 100 000 M. Vermögen soll 50 M., der Mann mit 200 000 M. Vermögen soll 100 M. Da wird niemand deklariren, sondern lieber die Strafe zahlen, und wenn man dieselbe erhöhen sollte. Das ist dann aber keine Steuer mehr, sondern ein förmliches Kaufsystem. Deshalb wäre es richtig, das Vermögen bei der Einkommensdeklaration abzufächeln.

Geh. Oberfinanzrath Wassach: Das Verfahren hätte dem Vorredner nicht kritischen brauchen, es entspricht naturgemäß dem Verfahren bei der Einkommensteuer. Die Wirkung der Strafe unterschätzt der Vorredner; ich möchte doch nicht die Verweigerung der Deklaration empfehlen; denn was eine Kommission daraus für Schlüsse zieht, läßt sich nicht voraussehen (Hört! hört!). Sie kann daraus den Schluß ziehen, daß der Steuerzahler mit Absicht die ihm gesetzlich obliegende Deklaration verweigert.

Abg. Fuchs (Zentrum): Die Vermögenssteuer trifft sehr ungleich; denn ein Gewerbetreibender, der vielleicht vorübergehend sein Geld in einem Hause angelegt hat, dann aber wegen schlechter Geschäfte kein Einkommen hat, muß dann das Haus als Vermögensobjekt besteuern. Wie sollen die Verkaufswerte berechnet werden, z. B. bei Anzügen, auf die manchmal Zubehör gezahlt werden müssen. Ich stehe auf dem Boden der Vorlagen, für welche ich dem Minister meinen Dank ausspreche; ich hoffe, daß die Vermögenssteuer so umgestaltet wird, daß sie angenommen werden kann, und somit die Reform noch in diesem Jahre fertig gestellt wird.

Abg. Brandenburg (Zentrum) erklärt sich grundsätzlich gegen die Vermögenssteuer, abgesehen von dem Verzicht des Staates auf die Realsteuern Mäße. Die Vermögenssteuer ist rechtlich eine theilweise Vermögenskonfiskation. Der Staat hat das Privateigentum zu respektiren, sonst kommen wir zur Sozialdemokratie.

Abg. Meyer-Berlin (Hr.): Wir haben es für ungerecht gehalten, daß man das Arbeitseinkommen, das unsundirte Einkommen, ebenso hoch belastete, wie das fundierte Einkommen. Wir wollten deshalb die Ueberwälzung, die aus dem fundierten Einkommen entsteht, zur Entlastung des unsundirten Einkommens verwenden. Man sagt, in der Einkommensteuer könnte man die Vermögenssteuer nur durch eine Hintertür einführen. Es liegt umgekehrt: Die Vermögenssteuer ist nur eine Einkommensteuer, denn sie wird aus dem Einkommen gezahlt. Herr von Cynern irrt sich, wenn er glaubt, daß die Verweigerung der Deklaration ohne Folge sein wird. In Berlin hat man die Einschätzung so getrieben, daß manche Steuerzahler deklariren mußten, um sich einer zu hohen Belastung zu entziehen. Jetzt wird das Deklariren bald so allgemein sein, daß man damit die Mißstände ausfüllen kann, die das Marktenleben läßt (Heiterkeit). Es fehlt jede Sicherheit, daß aus der Vermögenssteuer nicht mehr als notwendig herauflommt; deshalb freue ich mich, aus der Stimmung des Hauses die Hoffnung schöpfen zu können, daß wenigstens dieses Glied des Planes fallen wird. (Beifall links.)

Finanzminister Miquel: Die Gemeinden sind hauptsächlich auf die Realsteuern angewiesen, die eine Bruttobesteuerung für Vermögensobjekte sind. Deshalb ist für die Gemeinden eine besondere Vermögenssteuer nicht notwendig. Große Neigung für die neue Steuer habe ich nicht vorangesetzt. Die Realsteuern werden gern genommen, aber man scheint keine Neigung zu haben, einen Theil des Genommenen zurückzugeben; man magt jedem Vorschlage allerlei Schwierigkeiten: Aber ich bin nicht ängstlich, denn wenn nichts gegeben wird, dann wird auch nichts genommen werden; dann scheitert die ganze Reform. Ich wenigstens werde niemals meinen Namen dazu hergeben, daß der Staat ohne Ersatz auf 25 Millionen sicherer Einnahmen verzichtet. (Beifall.)

Abg. Gerlich spricht nur im eigenen Namen; glaubt aber, daß mehrere seiner freikonservativen Freunde ihm zustimmen; er verweist den ganzen Plan, weil er nach den Worten des Finanzministers annehmen muß, daß derselbe urbanisch ist. Die Gebäudesteuer solle den Städten überlassen werden. Wenn man in Berlin läßt, daß die Paläste heruntergerissen werden, um schöneren Palästen Platz zu machen, dann sei es besser, die Gebäudesteuer konnte den Staat zu Gute, der sie auch im Interesse der einzelnen Landestheile verwendet. Denn wenn der Staat auf die Grund- und Gebäudesteuer verzichtet, dann müssen die Gemeinden 100, 150 und mehr Prozent Grundsteuer erheben, namentlich für Schul- und Armenlasten, die eigentlich staatlichen Aufgaben dienen. Die Reform soll agrarisch sein, sonst müßte er, Redner, sie ablehnen. Die Vermögenssteuer ist eine sozialdemokratische Maßregel, denn von 1000 Wörtern ein halber Morgen oder von 1000 M. eine halbe Mark weggenommen wird, ist gleichgültig.

Finanzminister Miquel: Wenn mir von der einen Seite in der freikonservativen Partei vorgeworfen wird, daß meine Vorlagen agrarisch sind, während Herr Gerlich sie als urbanisch bezeichnet, so kann ich sagen: Es wird wohl beides falsch sein, ebenso wenn mir vorgeworfen wird von Herrn Brömel, ich besteuere die großen Vermögen zu hoch, während der Entwurf von anderer Seite plutokratisch bezeichnet wird. Diesen Gegenständen gegenüber kann ich mich einer Ausrufung wohl enthalten.

Damit schließt die Debatte. In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Abg. v. Huene gegenüber seinem Parteigenossen Fuchs, daß er die Aufrechterhaltung der Gewerbesteuer nur als eine ultima ratio bezeichnet habe, wenn sonst keine Einigung erzielt werde.

Abg. Fuchs erklärt, daß ihm der Vorschlag des Vorredners auch in diesem Falle unannehmbar sei. Ueber die geschäftliche Behandlung der Vorlage wird noch

Beendigung der Beratung über das Kommunalsteuer-Gesetz beschlossen.

Schluss gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Erste Beratung des Kommunalabgaben-Gesetzes.)

Parteinachrichten.

Bekanntmachung. Ueber die Aktienbrauerei Neustadt-Magdeburg ist wegen Saalverweigerung der Boykott verhängt.

Magdeburg, im November 1892.

Die Sozialkommission

J. A. v. d. Vater, Magdeburg-Bund.

Die Arbeiterblätter werden im Nachdruck gebeten.

Von der Agitation. Die in Frankfurt am Main arbeitenden Parteigenossen aus dem Wahlkreise Höchst-Misingen planen u. a. die Errichtung von Sammelstellen für gelezene Zeitungen und Broschüren, welche letztere dann von den Sonntags nach Hause fahrenden Genossen mitgenommen und vertheilt werden sollen. Zur Betreibung der Angelegenheit ist eine 13gliedrige Kommission gewählt.

Die Stadtverordneten-Wahlen in Leipzig finden am 5. Dezember statt. Der sozialdemokratischen Liste wird, wie man uns schreibt, eine Kompromißliste des vereinigten konservativen-nationalliberal-antifeminitischen Ordnungslängels entgegengesetzt. Ferner dürfte wieder eine Liste der sogenannten „unabhängigen Bürger“ auf dem Plane erscheinen. In dem Ordnungsstel brodelt es schon recht lustig; die Antisemiten marschiren Arm in Arm mit den Juden, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Nach außen ist also der Schein der Einmütigkeit der bestehenden Klassen gewahrt; die dürfte aber kaum verhindern, daß in lechter Stunde die feindlichen Brüder einander übers Ohr zu hauen suchen, indem sie besondere Listen aufstellen. So war es fast jedes Jahr. Die „größere sozialdemokratische Gefahr“ müßte denn jene Stippsticht veranlassen, in diesem Jahre von Sonderlisten abzugehen. Neu zu wählen ist ein Drittel der Stadtverordneten (12 Anstufige und 12 Unanständige), ferner sind für 2 Unanständige Nachwahlen vorzunehmen. Die Agitation ist unsererseits in diesem Jahre ziemlich lebhaft betrieben worden, hauptsächlich in bezug auf die Naturalisation und die Erwerbung des Bürgerrechts, so daß ein Sieg nicht aussichtslos ist. Allerdings bedarf es jetzt noch äußerst reger Agitation, um die Reihen der Gegner zu locken, denn bei der vorigen Wahl wurden neben 4287 sozialdemokratischen Stimmen 7606 Kartellstimmen abgegeben; daneben brachen es die „unabhängigen“ Bürger auf 1675. Die Unhängigkeit des Stadtrathes der allgemeinen Nothlage gegenüber leistet uns vortheilhafte Agitation; auch die Thatsache, daß wir im nächsten Jahre etwa 20 pCt. Steuern mehr zu bezahlen haben werden, dürfte manchem Bürger die Augen öffnen, daß es so nicht gut mehr weiter gehen kann.

Ueber den Sieg, welchen die Sozialdemokratie Planens i. B. bei der Wahl der Arbeitervertreter zum Gewerbestatutgericht erringt, bringt das „Sächs. Volksblatt“ näheres. Danach erhielt unsere Liste 701-703 Stimmen, für die von den Fabrikanten herausgegebenen sogenannten „Arbeiter“liste wurden nur 80 bis 90 Stimmen abgegeben. Zur Klasse der Unternehmer-Vertreter hatten nur die Fabrikanten Kandidaten aufgestellt; diese wurden mit 185-188 Stimmen gewählt.

Das Abstreifen der Versammlungsfestlichkeiten zählten auch im schlesischen Calengebirge die Gegner zu ihren beliebtesten Kampfmitteln. In Langenbielau und Umgegend wird davon zur Zeit der ausgiebigste Gebrauch gemacht. Die dortigen Parteigenossen boykottiren nun die betreffenden Wirthe und halten ihre Versammlungen im Freien ab. Trotz der kalten Witterung sind diese gut besucht. Um die Waffe des Boykotts noch zu schärfen, kaufen die Parteigenossen den in Schlesien als Getränk sehr beliebten sogenannten „Korn“ selber und zwar zu Engrospreisen ein und geben ihn zum Selbstkostenpreise ab. Ferner beabsichtigen sie die Errichtung eines Konsumvereins, und zwar lediglich zu dem Zwecke, um auf die Wirthe einen Druck auszuüben, damit diese vom Boykott der Sozialdemokratie ablassen.

Totenliste der Partei. In Bischofsheim ist der Zimmermann Chr. Schmitt infolge eines Sturzes vom Gerüst in seinem 58. Lebensjahre verstorben. Er war, wie die „Mäurer Volks-Zeitung“ bemerkt, 29 Jahre bei der Aktiengesellschaft für Maschinen- und Brückenbau, früher Examer u. Klett, auf der Gusslaburg beschäftigt und wurde infolge eines Disput mit einem viel jüngeren Werkführer, dem er unterstellt war, wieder zu Zimmermannsarbeiten verwendet. Der alte Mann war das Arbeiten auf dem Gerüst nicht mehr gewöhnt und stürzte infolgedessen vom Gerüst.

Soziale Ueberlicht.

Aufruf an die Schlächtergesellen Deutschlands. Kollegen! Es dürfte den meisten von Euch bekannt sein, daß bereits früher von Berlin aus die Anregung zu einer Organisation der Schlächtergesellen gegeben worden ist, mittels welcher es uns möglich gemacht werden sollte, die in unserm Gewerbe vorhandenen großen Schäden zu beseitigen. Bereits war eine Statutenberathungskommission gebildet worden, welche ihre Aufgabe auch erfüllt haben würde, wenn unsere Kollegen infolge der traurigen Abhängigkeit, in welche sie das patriarchalische Arbeitsverhältnis bringt, sich nicht bisher durchaus theilnahmslos gegenüber allen, auf Verbesserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen verhalten hätten. Trotz alledem aber halte ich es für die Pflicht der Klassenbewussten Kollegen, die Organisationsarbeit wieder aufzunehmen, und bringe, damit eine Waffe geschaffen werde, von der aus sich weiter wirken läßt, hiermit in Vorschlag, demnächst einen Kongress der Schlächtergesellen Deutschlands abzuhalten. Auf diesem Kongress müßten ebenfalls die in West- und Pleischkonserven-Fabriken, Schächtereien und Darmschleimereien beschäftigten Arbeiter vertreten sein. Als Ort dieses Kongresses würde ich Berlin in Vorschlag bringen; für den günstigsten Zeitpunkt halte ich den Monat Januar des nächsten Jahres. Kollegen allerorts! Bedenkt die elende Lage unseres Berufs, bedenkt, daß viele tausende von Arbeitslosen auf den Landstrassen wandern müssen, während diejenigen, denen das Glück beschiden ist, Beschäftigung zu haben, bei unbegrenzter Arbeitslosigkeit in einer Abhängigkeit dahinsinken, wie kann ein anderer Arbeiter, Halter Euch ferner vor Augen, Kollegen, daß alle anderen Arbeiterkategorien seit langem unangeseht kämpfen für die Erlösung aus den Fesseln der heutigen Produktionsweise, wogegen wir zu unserer Befähigung noch thätlos dastehen oder

